

KONJUNKTURELLE ENTWICKLUNG UND
STRUKTURELLER WANDEL DER
ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT
IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

Dieter STIEFEL

Forschungsbericht Nr.135

November 1978

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit ist eine Studie der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs 1918-1938 auf der Grundlage empirischer Daten und zeitgenössischer Berichte. Die Berücksichtigung monatlicher Datenreihen für den gesamten Zeitraum ermöglichte eine außerordentlich exakte Darstellung. Daneben wurde aber auch versucht, mit Hilfe von Zeitungsartikeln und Stellungnahmen der damaligen Politiker und Fachleute ein lebendiges Bild über die wirtschaftlichen Erwartungen und Befürchtungen dieser Zeit zu geben. Die traditionelle Darstellung der österreichischen Wirtschaftsentwicklung 1918-1938 blickte bislang zu sehr auf die allgemeine, weltweite Wirtschaftsentwicklung oder orientierte sich an den Verhältnissen in Deutschland, übersah aber damit die zum Teil sehr eigenständige österreichische Konjunkturentwicklung. Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht daher der Versuch, mit Hilfe der ursprünglichen Quellen eine den österreichischen Verhältnissen der Zwischenkriegszeit gerechter werdende Konjunktüreinteilung zu finden, wobei strukturelle Voraussetzungen und Veränderungen mit Berücksichtigung fanden. Eines der wesentlichen Ergebnisse ist dabei die folgende Periodisierung:

1918	- Die neue Wirtschaftsstruktur
1919	- Die Krise der Nachkriegszeit
1920 - 1922	- Die Zeit der Inflation
1923 - 1924	- Die Stabilisierungskrise
1925 - 1929	- Die Zeit der Anpassung
1929 - 1933	- Die Weltwirtschaftskrise
1934 - 1938	- Stagnation und Rüstungskonjunktur

In der genauen Darstellung der Konjunkturlandschaft Österreichs in der Zwischenkriegszeit liegt daher der Sinn dieser Arbeit und es ist zu hoffen, daß sie damit der Erleichterung und Unterstützung anderer Untersuchungen auf wirtschaftlichem, historischem, politischem oder auch soziologischem Gebiet dienen kann.

Summary

This paper offers an empirical study of the economic development in Austria from 1918 to 1938. Making use of monthly data for the whole period it has been possible to achieve a very detailed and exact analysis. Moreover, it has been my effort to draw a lively picture of economic views and hopes of that time by making use of contemporary newspaper comments and political statements. Up to the present the traditional view of the Austrian economic development 1918-1938 has been too much determined by the worldwide economic trend or by the situation in Germany. Thus the specific economic trend in Austria has been paid too little attention to. The focus of my interest has been to find a better description of the courses of business cycle in the time under discussion. Structural conditions and change have also been taken into consideration. The following phases can be distinguished:

- | | |
|-------------|--------------------------------|
| 1918 | - A new economic structure |
| 1919 | - The post-war crises |
| 1920 - 1922 | - The period of inflation |
| 1923 - 1924 | - The crises of stabilisation |
| 1925 - 1929 | - The period of adaptation |
| 1929 - 1933 | - The great depression |
| 1934 - 1938 | - Stagnation and armament boom |

This study is meant to be a new and more exact presentation of economic development and business cycle in Austria in the time between the two wars and is intended to have value for further investigations of economic, historical, political or sociological nature.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Österreich 1918-1938 - Zur Notwendigkeit einer Konjunkturanalyse	1
Österreich 1918 - Eine neue Wirtschaftsstruktur	4
Österreich 1919 - Die Krise der Nachkriegszeit	13
Österreich 1920-1922 - Die Zeit der Inflation	17
Österreich 1923-1924 - Die Stabilisierungskrise	27
Österreich 1925-1929 - Die Zeit der Anpassung	38
Österreich 1929-1933 - Die Weltwirtschaftskrise	47
Österreich 1934-1938 - Stagnation und Rüstungs- konjunktur	80
Österreich 1918-1938 - Konjunkturrelle Eigenheit und strukturelle Veränderung	89

Österreich 1918-1938 - Zur Notwendigkeit einer Konjunkturanalyse

Die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs zwischen den beiden Weltkriegen ist in ihrer Vielfalt wohl kaum zu überbieten. Von der strukturellen Umstellung auf ein kleineres Wirtschaftsgebiet, über die ins Extreme gesteigerte Inflationskonjunktur bis zu einer der schwersten Wirtschaftskrisen überhaupt, war in diesen zwei Jahrzehnten des Bestandes der Ersten Republik weit mehr enthalten, als sonst in einer so kurzen Periode.

Ebenso vielfältig und uneinheitlich sind aber auch die Vorstellungen über die konjunkturelle Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in dieser Zeit. Es wäre an sich naheliegend, über die jüngere Vergangenheit besser Bescheid zu wissen als über die Zeit vorher, zumal speziell aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise heute noch in vielen Bereichen Schlüsse gezogen werden. Dennoch gilt, zumindest für Österreich, daß unsere Kenntnisse etwa über das 19. Jahrhundert weit mehr fundiert sind, als über die Zwischenkriegszeit. Gesichert erscheint gerade die Weltwirtschaftskrise, aber über das wirtschaftliche Erbe 1918 oder die konjunkturell günstigeren Zeiten gibt es sachlich nicht immer zu begründende divergierende Meinungen. So fallen etwa die "Hochkonjunkturen" der späteren Zwanziger und Dreißigerjahre bei detaillierterer Analyse weitgehend in sich zusammen.

Vor allem die Stabilisierungskrise 1924, die Stagnation bis etwa 1926 und die wirtschaftlich depressiven Folgen der Weltwirtschaftskrise bis zum Ende der Ersten Republik, finden in den meisten Arbeiten kaum Berücksichtigung. Die Ursache für diesen Mangel mag in der zu starken Anlehnung an die Darstellung der internationalen konjunkturellen

Entwicklung zu suchen sein, mit einer Nachkriegskrise 1920/21, einer zunehmenden Hochkonjunktur etwa ab 1923, der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 und einer starken konjunkturellen Erholung nach dieser Zeit.

Diese Einteilung geht aber an der eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs in dieser Periode vorbei. Deshalb liegt die konjunkturelle Entwicklung Österreichs gerade in der Zeit im Trüben, in der sie mit der internationalen Entwicklung nicht synchron lief und das trifft für wenigstens die Hälfte der Zwischenkriegszeit zu.

Diese Tendenz findet sich sogar in der sonst für die österreichische Wirtschaftsgeschichte so grundlegenden Arbeit: "Österreichs Volkseinkommen 1913-1963" des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, in dem insbesondere die Zahlenreihen für die Zwanzigerjahre problematisch erscheinen. Bedauerlicherweise gibt die Studie keine weitere Auskunft über die Art der Schätzung und es sei hier nur am Rande vermerkt, daß die Vorgängereinstitution, das Österreichische Institut für Konjunkturforschung, in der Zwischenkriegszeit eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung mit Hinweis auf die mangelhafte Datenbasis ablehnte.

Dieser Studie dienten daher als Leitlinie die vorhandenen ursprünglich vom Statistischen Zentralamt und dem Österreichischen Institut für Konjunkturforschung erhobenen Daten. Gerade die monatliche Betrachtungsweise eröffnete die Möglichkeit einer exakteren Darstellung, vor allem bei entscheidenden konjunkturellen Wendepunkten. So ergab sich etwa eindeutig als Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise der Winter 1932/33, während bei jährlicher Betrachtungsweise das Jahr 1933 als schlechtestes aufscheint, in dem

sich schon eindeutige Besserungstendenzen zeigten. Diese detaillierte Darstellung darf keineswegs als intellektuelles Glasperlenspiel aufgefaßt werden, sondern bezieht ihre Berechtigung aus den Korrelationen und Verbindungen, die sowohl auf soziologischer wie auf politischer Ebene mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Zwischenkriegszeit gezogen werden. Daß es auf Grund der bislang zumeist ungenügenden und häufig widersprechenden wirtschaftlichen Darstellungen zu bisweilen erstaunlichen Ergebnissen auf diesen Gebieten kam, liegt auf der Hand. Ziel dieser Studie soll daher eine detaillierte Konjunkturanalyse und eine Periodisierung des Wirtschaftsverlaufes Österreichs in der Zwischenkriegszeit sein, wobei strukturelle Voraussetzungen und Veränderungen mit Berücksichtigung fanden.

Österreich 1918 - Eine neue Wirtschaftsstruktur

Der Zerfall der Habsburgermonarchie lieferte die Grundlagen und einen großen Teil der Problematik der wirtschaftlichen Entwicklung "Deutschösterreichs" in der Zwischenkriegszeit. Der im großen und ganzen geschlossene Wirtschaftsraum der österreichisch-ungarischen Monarchie wurde in mehrere nationale Märkte aufgesplittert, die zum Aufbau einer eigenen Volkswirtschaft zu Schutzzoll und einer auf Autarkie ausgerichteten Wirtschaftspolitik griffen,(1) und den anfangs noch betonten Unterschied zwischen "Altausland" und "Neu- ausland" bald als Anachronismus erscheinen ließen. Obwohl Österreich ein wirtschaftlich begünstigter Teil der Monarchie verblieben war, wurde deren Zerschlagung hier doch weitaus schmerzhafter empfunden als in den anderen Nachfolge- staaten und die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit des neuen Staates zum Teil überhaupt in Frage gestellt.(2)

-
- 1) Zu Ende des Krieges erfolgte allgemein ein starkes Wiederaufleben des Protektionismus. Vgl. W.T.Layton-Charles Rist, Die Wirtschaftslage Österreichs, Bericht der vom Völkerbund bestellten Wirtschaftsexperten, Wien 1925, S.12: "Die Handelspolitik der Nachkriegszeit geht im Gegenteil von der Idee der wirtschaftlichen Autonomie aus und trachtet, entsprechend den unabhängigen nationalen Einheiten auch selbstgenügsame wirtschaftliche Einheiten zu schaffen."; Ernst Wagemann, Struktur und Rythmus der Weltwirtschaft, Berlin 1932, sieht darin sogar eine der wesentlichen Ursachen der Weltwirtschaftskrise in den Dreißigerjahren.
 - 2) Siehe dazu: Friedrich Hertz, Ist Österreich wirklich lebensfähig, Wien 1921; Gustav Stolper, Deutschösterreich als Sozial- und Wirtschaftsproblem, München 1925; "Das österr. Wirtschaftsproblem", Denkschrift der österreichisch-deutschen Arbeitsgemeinschaft, Wien 1925; S.Schilder, Der Streit um die Lebensfähigkeit Österreichs, Stuttgart 1926; und: Kurt Rothschild, Staatengröße und Lebensfähigkeit. Das Beispiel Österreichs, Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd.XIX, 1959

Die politische, wirtschaftliche und damit geistige Umstellung, die vorgenommen werden mußte, war hier vollständiger als in einem anderen Gebiet der kriegsführenden Länder.(3)

Zwar war die Wirtschaftsstruktur aller Nachfolgestaaten gleichermaßen unausgeglichen, ein Torso, der 1918/19 noch nicht als Volkswirtschaft bezeichnet werden konnte, aber während die tschechischen Zeitungen schrieben: "Die Aussichten sind für unsere Industrie jedenfalls glänzend. Das nächste Jahr wird aber vor allem eine Zeit der Investitionen und Umwandlungen sein, wie sie die Industrie noch nie erlebt hat." (4), drückte die Neue Freie Presse die Stimmung in Österreich aus: "Vom Frieden wurde die Erlösung nach vier Jahren wirtschaftlicher Einkerkung, der Aufstieg zu neuerer, besserer Zeit mit leichterer Arbeitsgelegenheit und einer allmählichen Erholungsmöglichkeit erhofft; seine vernichtenden Bedingungen haben uns der reichsten Gebiete beraubt, der großen Industriezentren des deutschen Böhmen, der sonnigen Gelände des Südens, des Zutritts zum Meere und des einzigen, durch die Arbeit vieler Generationen von uns erschlossenen Seehafens. An Stelle eines organisch gefügten Gebildes ist ein für sich allein nicht lebensfähiger Körper geblieben, dem die natürlichen Daseinsvoraussetzungen, zureichende Nahrung und Kohle, fehlen, dafür aber eine Last der Verpflichtungen aufgebürdet wurde, wie sie selbst weit kräftigere Schultern nicht tragen könnten."(5)

-
- 3) Gustav Stolper, Der Geist des deutsch-österreichischen Wirtschaftslebens, in: Wirtschaftliche Verhältnisse Deutsch-Osterreichs, Michael Hainisch (Hsg), Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 158 Bd.München 1919, S.132
 - 4) Národní Politika, 3.12.1918, Bericht aus den neuen Staaten, Wien 15.1.1919
 - 5) Neue Freie Presse, Wien 1.1.1920; Zu den wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages siehe: R.Schüller, Wirtschaftliche Bestimmungen des Friedensvertrages von Saint Germain, Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik, Wien 1921

Alle anderen Republiken auf dem Gebiete der ehemaligen Monarchie strebten eine baldige politische und wirtschaftliche Anpassung an die neuen Verhältnisse an. So forderte etwa der tschechische Finanzminister Rašín, in nüchterner Einschätzung seiner Verhandlungspartner: "Kommen wir zur Friedenskonferenz als Leute, welche Geld ausgeben ohne Rücksicht darauf, wie sie ihre Schulden bezahlen, so werden wir dort keine Sympathie finden. Denn die Nationen, mit denen wir verhandeln werden, sind Kaufleute, gute Kaufleute.... So können wir unser Ansehen doch nur erhalten, wenn wir werden sagen können: Wir kommen zu Euch nicht als Bettler, wir wollen nichts von Euch, wir fühlen uns so stark, daß wir selbst unsere Verhältnisse konsolidieren können."(6)

In Österreich aber hatte man sich entschlossen, den Bettler zu spielen und eine Demonstration der Lebensunfähigkeit des neuen Staates zu geben, der als "Homunculus von der Entente Gnaden" (7) oder "Zwangsgebilde ohne geschichtliche, soziale oder wirtschaftliche Notwendigkeit" (8) bezeichnet wurde, um damit anderen politischen Zielen, etwa dem Anschluß an ein größeres Wirtschaftsgebiet, den Weg zu bereiten.

Neu-Österreich war aber keineswegs so arm und benachteiligt, wie es politische Polemik und psychologische Niedergeschlagenheit der ersten Nachkriegszeit erscheinen lassen wollte. Allerdings war aus einem zentralen Gebiet der weitgehend autarken und wirtschaftlich selbstgenügsamen Monarchie ein außenhandelsabhängiger Kleinstaat mit spezifischer wirtschaftlicher Struktur und Rohstoffbasis geworden. Wirtschaftlich bestand daher der Hauptunterschied zwischen dem Österreich

6) Prager Tagblatt, 20.12.1918

7) Siegfried Strakosch, Der Selbstmord eines Volkes. Wirtschaft in Österreich, Wien 1922

8) Gustav Stolper, Der Geist des deutsch-österreichischen Wirtschaftslebens, a.a.O., S.141

von 1913 und dem Österreich nach 1918, daß es nicht mehr Teil eines Territoriums war, das imstande war, sich selbst zu versorgen. Gerade die Umstellung von der Belieferung eines geschützten Inlandsmarktes auf die Notwendigkeit des Exports brachte für die Industrie wohl die größten Probleme mit sich. Schätzungen gingen dahin, daß das neue Österreich etwa 50% bis 80% seiner Produktion exportieren mußte, um wirtschaftlich bestehen zu können. (9) Damit war Österreich, wie Belgien, England oder die Schweiz ein Land geworden, das vom internationalen Handel lebte. Während im alten Österreich die Einfuhr 87 Kronen pro Kopf betrug, erreichten die Importe bereits 1924 ein Ausmaß von 260 Kronen pro Kopf. (10) Bemerkenswert war weiterhin die eher mittelständische Struktur des von Österreich übernommenen industriellen Anteils.

Zahl der Arbeiter nach Betriebsgröße (1902)

Betriebsgröße	1-5	6-20	21-100	über 100
Österreichische Bundesländer	403.028	171.154	172.236	285.068
in %	39%	16,6%	16,7%	27,6%
Böhmen	348.457	115.620	159.289	356.438
in %	35,5%	11,8%	16,2%	36,3%

Quelle: Friedrich Hertz, Ist Österreich wirklich lebensfähig, a.a.O., S.97

Ein Vergleich mit Böhmen zeigte die geringere Bedeutung der Großbetriebe und ein Übergewicht der kleineren und mittleren Unternehmen.

9) Siehe etwa: Friedrich Hertz, Ist Deutschösterreich wirtschaftl. lebensfähig?, a.a.O., S.13; und Eduard Heini, Bericht des Obmanns des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über die in der Zeit vom 29.Jänner bis 30.April 1926 abgehaltene Wirtschaftsenquete, Wien 1926, S.1.

10) Layton-Rist, a.a.O., S.10

Vorerst aber war Disproportionalität das augenscheinlichste Kennzeichen der österreichischen Wirtschaft. Als willkürlicher Ausschnitt aus einem größeren Wirtschaftsgebiet war sie durch Hypertrophie in einzelnen Wirtschaftszweigen gekennzeichnet, wo die Produktionskapazität in keinem Verhältnis zu den Absatzmöglichkeiten stand, während andere Bereiche unterentwickelt waren oder ganz fehlten.

Vor allem auf dem Gebiet der Eisen- und Stahlindustrie war Österreich günstig gestellt. (11) Etwa 40% der Kapazität der Monarchie verblieben in Österreich. Auf diese Produktion, welche in den steirischen Erzvorkommen ihre Grundlage hatte, baute die Eisen- und Metallverarbeitende Industrie und eine Maschinenindustrie auf. Durch den Krieg wurde auch die Automobilindustrie zu einem wichtigen Faktor für Österreich (12),

-
- 11) Die Schätzungen des industriellen Anteils der österreichischen Bundesländer an der Monarchie sind zwar sehr zahlreich, aber auch recht unterschiedlich, nicht nur wegen der unterschiedlichen Gebietsvorstellungen in der ersten Nachkriegszeit; (so wurden etwa die Industriezentren des deutschen Böhmens mit einbezogen) sondern auch häufig entsprechend der Absicht, die hinter der Publikation stand, Österreich als lebensfähig oder nicht lebensfähig darzustellen. Vgl. vor allem: Niederösterreichische Handels- und Gewerbekammern, Wirtschaftsstatistische Materialien über Deutsch-Österreich, Wien 1919; Friedrich Hertz, Ist Deutsch-Österreich wirtschaftlich lebensfähig, a.a.O., Gustav Stolper, Probleme der Staatswirtschaft, in: Der Österreichische Volkswirt: Die Zahlungsbilanz, 15.11.1919, Die Landwirtschaft, 10.1.1920, Das industrielle Leistungsvermögen, 17.1.1920; Statistisches Handbuch, Wien 1920 und 1921; Michael Hainisch (Hsg) Wirtschaftliche Verhältnisse Deutschösterreichs, München 1919; Franz Haber, Österreichs Wirtschaftsbilanz, Ein Vergleich mit der Vorkriegszeit, München 1928, und Ernst Waizner, Das Volkseinkommen Altösterreichs und seine Verteilung auf die Nachfolgestaaten, "Metron", Internationale Statistische Zeitschrift, VII. Bd. Heft 4, Rom 1929
- 12) Von den 14 Betrieben zu Kriegsende lagen 10 innerhalb der Grenzen der jungen Republik, deren jährliche Erzeugungskapazität 10.000 Personen- und Lastkraftwagen und 3.000 Motoren betrug. Gustav Stolper, Das industrielle Leistungsvermögen, a.a.O.

ebenso wie die Motorrad- und Fahrradproduktion, die in den anderen Nachfolgestaaten überhaupt nicht betrieben wurde. Auf den Waldreichtum Österreichs baute die Sägeindustrie auf, die Möbelproduktion und vor allem die Papierindustrie, von der Österreich 56% der Kapazität der Monarchie verblieben war. Daneben war Holz einer der wichtigsten Exportgüter der Ersten Republik überhaupt. Ebenso nahm Magnesit, die Baustoffindustrie und die Lederproduktion und -verarbeitung eine bedeutende Stellung ein. Problematisch zeigte sich die Verflechtung der neuen österreichischen Volkswirtschaft vor allem auf dem Gebiet der Textilindustrie.

Die Verteilung der Textilindustrie in der Monarchie
Stand 30. Juni 1914

Baumwolle	Spindeln	Webstühle	Wolle	Spindeln	Webstühle
Österr.	1.171.000	11.000		181.000	1.280
Tschechosl.	3.583.000	136.000		1.950.000	37.000
Ungarn	31.000	5.000		15.000	500
Jugoslawien	100.000	3.000		15.000	300
Polen	1.600.000	32.000		700.000	29.000

Quelle: Die Volkswirtschaft der Nationalstaaten, Allgemeine Depositenbank, Wien 1921; zitiert bei: Hans Bayer, Strukturwandlungen der österreichischen Volkswirtschaft nach dem Kriege, Wien 1929, S.97 f.

Bei Baumwolle entfielen 25% der Spindeln auf Österreich, aber nur 9% der Webstühle. Dadurch mußten fast zwei Drittel des gesamten Garnes außer Landes geführt werden, um etwa den gleichen Teil an Geweben wieder zu importieren. Noch 1923 betrug dieser Anteil 40%. Noch extremer war die Lage bei Wolle. Zwar verfügte Österreich über 28% der Kammgarnspindeln, hatte aber keine einzige größere Weberei aufzuweisen.

Nicht oder nur kaum vertreten war die neue Republik bei der chemischen Industrie, der Email- und Porzellanproduktion bei der Herstellung von Produktionsanlagen, wie Turbinen, Einrichtungen von Hüttenwerken, Zuckerfabriken, etc. und bei der bedeutenden altösterreichischen Industrie für landwirtschaftliche Maschinen.

Unmittelbar wirkten sich die Strukturveränderungen vor allem in der unzureichenden landwirtschaftlichen Eigenerzeugung und auf dem Gebiet der Rohstoffe aus. Die Rohstoffimporte erstreckten sich nicht mehr nur auf überseeische Produkte, wie Baumwolle, Kautschuk, Kupfer, Zinn, sondern auch auf solche Produkte, in denen das frühere Österreich-Ungarn Ausfuhrland war: vor allem Häute für die Lederindustrie und Erdöl mit seinen Derivaten. Geradezu benachteiligt war Österreich aber auf dem Gebiete der Kohle. Von den Kohlevorräten der Monarchie, die vor allem im böhmisch-mährischen und schlesischen Raum lagen, befanden sich innerhalb der Grenzen der Republik nur ein halbes Prozent. (13) Der Förderungsanteil betrug 1913 etwa 0,5% bei Steinkohle und 10% bei Braunkohle. So konnte Österreich 1920 nur 8% seines Bedarfes aus eigener Förderung decken und importierte 1922 noch 96% der im Inland verbrauchten Steinkohle und 31% der Braunkohle.

13) Vgl. Wilhelm Petraschek, Die Kohlenlager und Kohlenbergbaue Österreich-Ungarns und ihre Aufteilung auf die Nachbarstaaten, Wien 1920; Statistisches Handbuch, hsg. k.k. Statistische Zentralkommission, Wien 1920; Mitteilungen des österreichischen Bergbau, Wien 1920; Statistik des Bergbaues im Gebiete der nachmaligen Republik Österreich für das Jahr 1920, Bundesministerium für Handel und Verkehr, Wien 1925 und O. Berl, Der Wiederaufbau Österreichs und die Kohlenfrage, Wien 1921

Dennoch war das Gebiet der Republik Österreich ein industriell hochentwickelter und wirtschaftlich begünstigter Teil der Monarchie gewesen. Neben den Sudetenländern, in denen die industrielle Entwicklung durch die reichen Rohstoff- und Kohlevorkommen begünstigt war, hatte Österreich den größten Teil der industriellen Produktion der Monarchie gestellt. Bei einem Achtel des Gebietes und der Einwohner übernahm es etwa ein Drittel der Industrie. (14)

Berufsstruktur Österreichs

Stand der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftszweigen	1910	1920
	Land- und Forstwirtschaft	1.245.000
Industrie und Gewerbe	1.097.000	1.026.000
Handel und Verkehr	479.000	375.000
Freie Berufe	54.000	80.000
Öffentlicher Dienst	187.000	271.000
Haushalt	243.000	347.000

Quelle: Franz Haber, Österreichs Wirtschaftsbilanz, a.a.O., S. 3

Österreich war daher keineswegs der "Bourgeois unter den Völkern der Monarchie" (15) gewesen, der nur als Kaufmann, Techniker, Beamter und Offizier die typisch bürgerlichen Dienste leistete und dafür Einnahmen aus dem gesamten Gebiet der Monarchie zog. Das mag in gewissem Maße für Wien zutreffend

14) Vgl. Ludwig Hartelmüller, Die Industrie Österreichs, in: 10 Jahre Wiederaufbau, Die Staatliche, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Republik Österreich 1918-1928, Wilhelm Exner (Hsg), Wien 1928, S. 435

15) Gustav Stolper, Probleme der Staatswirtschaft, Die Funktion des Auslandskredites, in: Der Österreichische Volkswirt, Wien 31.2.1920

gewesen sein, als politisches und wirtschaftliches Verwaltungszentrum, Sitz der Banken, Versicherungen und des Großhandels, wo auch nach 1918 der Dienstleistungssektor eine führende Rolle spielte. (16) In erster Linie beruhte die österreichische Wirtschaft aber auf der gewerblichen und industriellen Produktion, bei der auch nicht die Erzeugung von Luxusgütern, sondern die Metallindustrie die führende Stellung einnahm.

Wohl mußte die Anpassung an die neuen Verhältnisse, die Bildung einer "neu-österreichischen" Volkswirtschaft erst erfolgen. Die wirtschaftliche Struktur dieses Landes war aber weit günstiger als die der Monarchie, mit ihren großen, industriell schwach entwickelten Gebieten. (17)

16) Report of the Delegation sent to Vienna by the Financial Committee, Genf 12.Mai 1921, S. 17 ff

17) Hier ist etwa die steuerliche Argumentation von Friedrich Hertz zu erwähnen: "Tatsächlich wurden nur 50% der in Wien und Niederösterreich erhobenen Steuern und Abgaben auch dort wieder ausgegeben. Der Rest wurde verwendet, um den Ausfall wirtschaftlich rückständiger slawischer Provinzen zu decken.", Ist Österreich wirtschaftlich lebensfähig, a.a.O., S. 13

Österreich 1919 - Die Krise der Nachkriegszeit

Die Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung schoben die meisten anderen strukturellen Probleme vorerst in den Hintergrund. Die österreichische Landwirtschaft war 1919 gerade imstande, zwei Fünftel des inländischen Bedarfes an Getreide zu decken. In anderen Bereichen, wie bei Kartoffeln oder Zucker, war die Versorgung fast überhaupt nicht gegeben (18), und selbst die Viehwirtschaft, die bereits in der Monarchie ihren Hauptsitz in den Alpenländern hatte, wies durch Kriegsschäden einen starken Rückgang in Zahl und Qualität auf. (19) Der neu entstandene Kleinstaat verfügte anfangs über keine der Bevölkerung entsprechende argarische Produktion, wodurch umfangreiche Lebensmitteleinfuhren notwendig wurden, die allerdings kaum über Exporte sondern durch Kredite und den Druck von Banknoten finanziert wurden.

Daneben war die Kohlenot eines der "brennensten" Probleme der ersten Nachkriegszeit. Die Kohleversorgung war in der Monarchie schon in den Kriegsjahren nicht mehr reibungslos verlaufen. Mit dem Zusammenbruch wurde die Belieferung "Deutsch-Österreichs" fast ganz eingestellt. Die Kohleproduktion in den Nachfolgestaaten war durch den Raubbau im Kriege stark herabgesetzt worden. Daher waren diese Länder in erster Linie darauf bedacht, ihren eigenen Bedarf zu decken und gaben nur den Überschuß zum Export frei. (20)

18) Die Zuckererzeugung reduzierte sich auf vier Erzeugungstätten in Niederösterreich, die 1919/20 gerade 5.700 Tonnen Rohzucker oder 6,3% der Inlandsversorgung deckten. Strakosch, Die Zuckerindustrie, in: Handbuch der Österr. Wirtschaft, Wien 1925

19) Vgl. Statistisches Handbuch, Stat.Zentralamt, Wien 1920, 1921 und Gustav Stolper, Probleme der Staatswirtschaft, Die Landwirtschaft, a.a.O.

20) Ludwig Hartlmüller, Die Industrie Österreichs, a.a.O., S.435

Obwohl diese Politik durchaus konsequent war und auch Österreich kaum hätte anders handeln können, wurde diese Maßnahme der Nachfolgestaaten in Wien geradezu als Schock empfunden, der noch bis spät in die Zwanzigerjahre anhielt. (21) Im Winter 1919/20 sank die Belieferung der Industrie mit Kohle auf weniger als 20% des Normalstandes ab und noch 1920 wurden 40% nicht erreicht. Die meisten Industrien arbeiteten nur mit 25% ihrer Erzeugungsfähigkeit, bei der Eisenproduktion wurde dieser Wert 1919 sogar auf 10% geschätzt. (22) Von den sieben Hochöfen der Alpine-Montan, dem damals größten österreichischen Eisenwerk, war 1919 nur mehr einer in Betrieb, und dieser mit Unterbrechungen.

Die österreichische Eisen- und Stahlerzeugung in den ersten Nachkriegsjahren (Tonnen)

Jahr	Gießroheisen	Stahlroheisen
1913	25.336	581.319
1917	23.366	480.786
1918	1.184	318.427
1919	107	61.773

Quelle: Statistisches Handbuch 1923, hsg. Statistisches Bundesamt, Wien 1924

Noch deutlicher zeigten sich die Probleme der Kohleversorgung und der daraus resultierenden mangelnden Kapazitätsauslastung

-
- 21) So konnte etwa auch Hans Bayer in seiner sonst ausgewogenen Untersuchung über die Strukturwandlungen der österreichischen Volkswirtschaft nach dem Krieg seine Emotionen nicht verbergen, wenn er auf die wirtschaftlichen Beziehungen der Nachfolgestaaten zu Österreich zu sprechen kam. a.a.O., S.122
- 22) Friedrich Hertz, Die Kohlenfrage in Österreich, in: Der Österreichische Volkswirt, Wien 20.11.1920

im Vergleich mit der Produktion vor dem Krieg: (23)

Die österreichische Eisen- und Stahlerzeugung der ersten Nachkriegszeit gemessen an der Produktion 1913

Jahr	Gießroheisen	Stahlroheisen
1919	0,4%	10,6%
1920	6,4%	16,9%
1921	11,0%	38,0%
1922	14,0%	54,6%

Quelle: Statistisches Handbuch 1923, hsg. Statistisches Zentralamt, Wien 1924

Ein getreues Bild dieser Lage gab auch der österreichische Außenhandel. Den größten Posten nahmen 1919 mit (mengenmäßig) drei Fünftel aller Einfuhren die Brennstoffe ein, gefolgt von Nahrungsmittel und Rohstoffen. Als Indikator der Integration der österreichischen Volkswirtschaft mit der Rohstoffbasis und den landwirtschaftlichen Gebieten der ehemaligen Monarchie kann gewertet werden, daß 1920 37% der Ausfuhren und 55% der Einfuhren - überwiegend Kohle und Nahrungsmittel - auf die

-
- 23) Der Umstellung auf die Friedensproduktion stand neben dem Defizit an Kohle und Rohstoffen auch die Auflösung der bis dahin auf militärische Gewalt begründeten Arbeitsdisziplin und eine in der Zeit viel beklagte Arbeitsunlust einer durch Hunger entkräfteten und durch Umsturz aufgewühlten Arbeiterschaft entgegen. Vgl. Karl Bachinger-Herbert Matis, Der österreichische Schilling, Geschichte einer Währung, Wien 1974, S. 17. Ebenso spielte die kriegsbedingte Abnutzung von Maschinen und Anlagen eine verteuernde und kapazitätsmindernde Rolle. "Jahrelang war die Investitionstätigkeit ausschließlich auf die Kriegsindustrie beschränkt, mußten aus Arbeiter- und Kapitalmangel die notwendigsten Reparaturen und Neuanschaffungen unterbleiben, verfielen Gebäude und Einrichtungen." Gustav Stolper, Das Wesen der Wirtschaftskrise, in: Der Österreichische Volkswirt, Wien 28.8.1920

Nachfolgestaaten entfielen. Österreich war in den
eigentlichen Welthandel noch gar nicht eingetreten.
Durch den Mangel an Kohle und die Knappheit bei Rohstoffen
und Transportmitteln konnte die österreichische Industrie
der durch den Krieg aufgestauten Nachfrage kaum entsprechen.
Die mit dem Frieden weltweit auftretende Nachkriegskonjunktur
blieb daher in Österreich aus.

Österreich 1920-1922 - Die Zeit der Inflation

Die spekulativ überhöhte weltweite Nachkriegskonjunktur sollte nicht allzulange dauern. Im Zusammenhang mit der Umstellung auf die Friedenswirtschaft griff im Jahr 1920/21 mit großer Intensität eine Krise auf die Mehrzahl der europäischen Länder über, soweit ihre Wirtschaft nicht durch Papiergeldemission belebt und aufgebauscht war. (24) Gerade dies war aber in Österreich der Fall.

Wie das Land die erste Nachkriegskonjunktur nicht mitmachte, so war hier auch von der Krise 1920/21 nichts zu spüren. In den ersten Jahren nach dem Weltkrieg, bis etwa 1924, erfuhr Österreich überhaupt eine wirtschaftliche Entwicklung, die nur wenig im Zusammenhang mit der weltwirtschaftlichen Konjunktur stand. Hatte die österreichische Wirtschaft 1919 auf Grund des Rohstoff- und Kohlemangels kaum einen Anteil an der internationalen Hochkonjunktur und produzierte nur mit einem Bruchteil ihrer Kapazität, so verhinderte von 1920 bis 1922 die zunehmende Geldentwertung das Übergreifen der weltweiten Absatzstockung auf Österreich. Dadurch kam für die österreichische Industrie die Zeit der Hochkonjunktur erst, als sie auf dem Weltmarkt schon vorüber war (25), und die Stabilisierungskrise dann, als sich andere Länder bereits wieder im Aufschwung befanden.

Ihren Ausgangspunkt hatte die Inflation in Österreich primär in der Kriegswirtschaft und der darauf folgenden wirtschaftlichen Desintegration der Habsburgermonarchie. Die österreichisch-ungarische Krone hatte bereits während des Krieges $\frac{2}{3}$ ihres Wertes (gemessen am Gold) eingebüßt,

24) Ernst Wagemann, Struktur und Rythmus der Weltwirtschaft, a.a.O., S.282

25) Vgl. Otto Bauer, Die österreichische Revolution, Wien 1923, S. 202

und die Geldmenge war von 3,4 Milliarden (31. Juli 1914) auf 42,6 Milliarden Kronen Ende 1918 angestiegen. (26) Mit dem Zusammenbruch der Monarchie begann dann der Wettlauf der einzelnen Nachfolgestaaten, um den Teil der Kriegskosten, der in der hohen Geldmenge enthalten war. Die neuen Staaten suchten ihre politische Selbstständigkeit wirtschaftlich zu ergänzen und stempelten die Menge an Kronennoten ab, die sie als ihren Anteil betrachteten. Eine Beschleunigung erfuhr dieses Verhalten durch die fehlende Einflußmöglichkeit der meisten Nachfolgestaaten auf die Politik der Notenenmission und auf den in Wien keineswegs auf monetäre Stabilität und Konsolidierung ausgerichteten Kurs.

"Die österreichisch-ungarische Bank hilft dem Mangel an Zahlungsmittel nach der Bolschewikenart durch den endlosen Druck neuer Banknoten ab," kommentierte man 1919 in der Tschechoslowakei, "ohne daß sich jemand um ihre Deckung durch Metall oder reelle Effekten bekümmert." (27) und zog daraus die Schlußfolgerung: "Die österreichischen Banknotenfalsifikate - etwas anderes sind die entwerteten Banknoten nicht - durchdringen unsern Körper wie ein Gift und müssen, so schmerzlich es auch sein wird, unbedingt herausgeschnitten werden, wenn wir an dieser Fäulnis nicht zugrunde gehen wollen." (28)

Auf die einseitige Währungstrennung antwortete Österreich im März 1919 selbst mit Abstempelungen. Die Wirkung dieser an sich kaufkraftabschöpfenden Maßnahme ging aber durch den weiteren Druck neuer Banknoten völlig unter.

Die Eindämmung der Inflation und die Stabilisierung der österreichischen Wirtschaft wäre aus rein ökonomischer Sicht schon in den ersten Nachkriegsjahren durchaus im Bereich der Möglichkeiten gelegen. Daß die Sanierungspläne aber kaum

26) Siehe: S. Preßburger, Die Österreichischen Notenbank 1816-1966, Wien 1966, S. 347 ff

über die Diskussion im Parlament hinaus kamen lag wohl weniger an "mangelnder Energie" (29) oder dem Fehlen einer "zielbewußten Budgetpolitik" (30). Die Frage bleibt auch heute noch offen, ob bei der wirtschaftlichen Erschöpfung und der unsicheren politischen Lage des Landes durchgreifende legislative und administrative Maßnahmen überhaupt möglich gewesen waren. (31) Zumal die Inflation und die Probleme der Wirtschaft generell in den Jahren 1919/20 noch keineswegs im Mittelpunkt des Interesses standen. Die öffentliche Diskussion drehte sich um den Friedensvertrag, die Gefahr einer Revolution, der Räterepublik, vielleicht auch der Sozialisierung und den Anschluß. Die wirtschaftliche Normalisierung wurde eher als Folge einer politischen Lösung des Problems "Deutschösterreich" betrachte.

Zusätzlich war die Inflation ein nicht zu unterschätzendes politisches Instrument. Einer Radikalisierung war damit in vielen Bereichen der Boden entzogen, da sie es der Regierung erlaubte, allen Forderungen mit finanziellen Konsequenzen bedenkenlos und praktisch unbeschränkt nachzugeben. Viele Zugeständnisse auf dem Gebiet der Sozialpolitik sollten sich so als Schlag ins Leere erweisen, da sie durch die Inflation weitgehend wieder aufgehoben wurden. (32)

Letztlich ist die österreichische Inflation aber auch als Ausdruck der Kapitulation vor den wirtschaftlichen und politischen Problemen der Desintegration zu werten. Die Probleme wurden vorerst aufgeschoben und die weitere Ent-

27) Miroslav Hampl, In: Venkov, 24.1.1919

28) Češke Slovo, 21.1.1919

29) A. Basch, L'Autriche et son Existence Économique, Prag, 1925, S. 61

30) Reinhard Kamitz, Die österreichische Geld und Währungspolitik 1848-1948, in: Mayer (Hsg) Hundert Jahre österreichische Wirtschaftsentwicklung, a.a.O., S. 277

wicklung abgewartet. Österreich blickte auf die Siegermächte, die diesen Staat schließlich geschaffen hatten und hoffte auf ihr Interesse an seinem weiteren wirtschaftlichen und politischen Bestand. Bis dahin wurde der staatlichen Ausgabenpolitik weitgehende Freiheit belassen, wobei die einzelnen Ministerien die Höhe ihrer Ausgaben vielfach erst nachträglich festlegen konnten.

So wurde das Budget selbst zum Motor der Inflation.(33) Aus dem Mißverhältnis zwischen den hohen Anforderungen an den neuen Staat und den niedrigen Ertragnissen, welche die Wirtschaft hervorzubringen vermochte resultierte ein hohes Budgetdefizit, das durch die Banknotenpresse ausgeglichen wurde. Durch die Rückwirkung, welche dieser unausgeglichene Staatshaushalt durch die inflationistische Notenschöpfung auf das Budget selbst ausübte, blieben die Einnahmen immer mehr hinter den Ausgaben zurück. Das Defizit vergrößerte sich in diesem verhängnisvollen Zirkel immer mehr und erreichte in der Finanzperiode vom 1.Juli 1921 bis 31.Dezember 1921 seinen Höhepunkt. (34) Die staatlichen Einnahmen konnten

31) Vgl.auch: Richard Reisch, Aufgaben und Entwicklung der österreichischen Nationalbank in den Jahren 1923 bis 1928, in: 10 Jahre Wiederaufbau, a.a.O., S.283

32) Zusätzlich begann etwa ab 1927, verstärkt aber ab 1932 ein restriktiver Kurs auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der einige soziale Errungenschaften wieder abbaute, andere, wie etwa die Arbeitslosenunterstützung so weit einschränkte, daß sie ihrem eigentlichen Sinn kaum mehr entsprach.

33) Der folgenschwerste inflationistische Posten des Budgets waren die Lebensmittelzuschüsse. Eine 1919/20 vor allem in Wien einsetzende Lebensmittelnot brachte die Regierung dazu, große Mengen Nahrungsmittel im Ausland einzukaufen und diese dann zu billigen Preisen an die Bevölkerung abzugeben. Im Rechnungsjahr 1920/21 machten die Lebensmittelzuschüsse etwa ein Drittel der gesamten staatlichen Ausgaben aus. Ursprünglich in der Absicht gewährt, die Lebenshaltungskosten günstig zu beeinflussen, erwiesen sich die Lebensmittelzuschüsse, da sie durch den Neudruck von Banknoten finanziert wurden, letztlich selbst als entscheidender Faktor bei der Beschleunigung der inflationistischen Entwicklung. Vgl. Alois Gratz, Die österreichische Finanzpolitik von.., a.a.O.

während dieser Periode nur mehr 35% der Ausgaben decken. Entsprechend vermehrte sich der Geldumlauf. War kriegsbedingt Ende 1918 das Geldvolumen mit 42,6 Milliarden Kronen bereits inflationistisch hoch, so waren Ende 1919 60,2 Milliarden und Ende 1921 193 Milliarden Kronennoten im Umlauf. Noch schneller als die innere Entwertung verfiel der Außenkurs der Krone, die im September 1922 nur mehr zu einem Fünfzehntausenstel ihres Vorkriegswertes gehandelt wurde. (35)

War die Inflation ursprünglich Auswirkung und Symptom tiefer liegender Ursachen, so entwickelte sie im fortgeschrittenen Stadium Eigengesetzlichkeit und wurde von 1920 bis 1922 zum bestimmenden Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs. "Die Krone war der eigentliche Herrscher der Republik Österreich in der Umsturzperiode nach dem Krieg.", wie es ein französischer Beobachter ausdrückte. (36)

Unmittelbar wirkte sich die Inflation in einer Hochkonjunktur aus, einer "Verschleuderungsprosperität, die den Anschein eines gewissen Wohlstands hervorrief." (37) Die Industrie fand leicht Absatz für ihre Produkte, das "Valutadumping" ermöglichte einen scheinbar hohen Gewinn und

34) Reinhard Kamitz, a.a.O., S.277

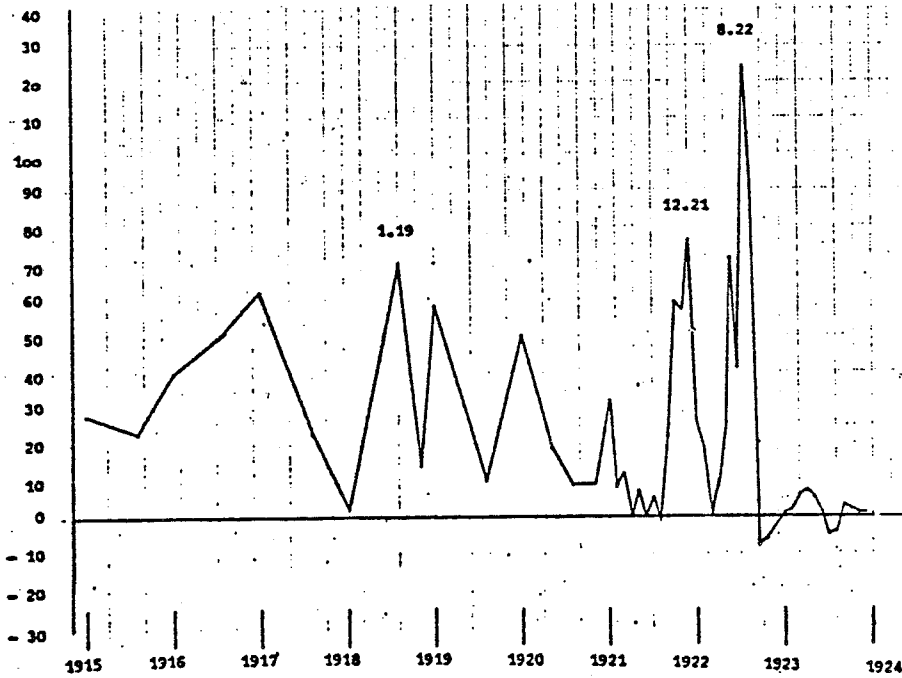
35) S.Pressburger, a.a.O., S.347

36) Georges Morgain, La Couronne Autrichienne depuis la Traité de Saint-Germain, Paris 1927, S.327

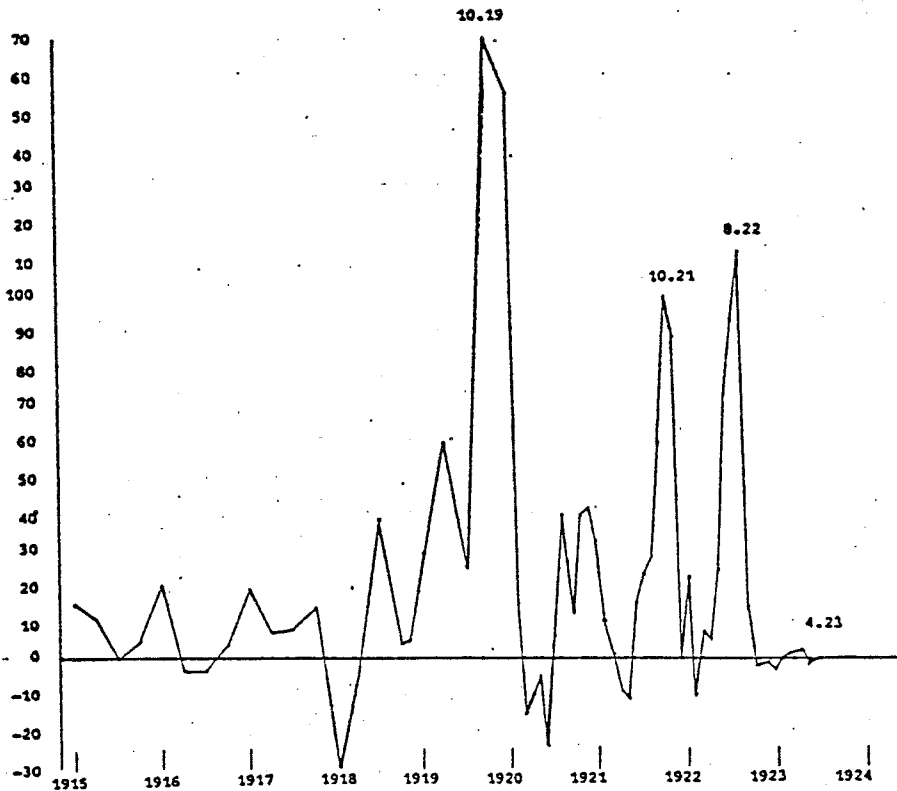
37) Karl Renner, Österreichs Volkswirtschaft und die Sanierung, Wien 1923, S.3

Die österreichische Inflation

Das Steigen der Lebenshaltungskosten
(ohne Wohnung) prozentuell gegenüber dem vorhergehenden
Termin



Das Steigen des Wertes der Goldkrone in Papierkronen
prozentuell gegenüber dem vorhergehenden Termin



Quelle: Berechnet nach: Statistische Nachrichten, 1924,
S.195; Monatsdurchschnitt bis einschließlich April 1919
Frankenkurs, dann Dollarkurs, 1915-1919 vier Jahres-
werte, 1920-1923 Monatswerte

Meßziffern für die Umrechnung in Goldkronen
 (auf Grund der Monatsdurchschnitte des Schweizer Franken- und Dollarkurses).
 Eine Goldkrone = Papierkronen :

Monat	Auf Grund des Schweizer Frankenkurses							
	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
Jänner		1.16	1.65	1.92	1.78	3.40	41.00	106.97
Februar		1.18	1.58	1.93	1.76	3.58	47.68	120.20
März		1.27	1.62	1.97	1.75	4.31	40.34	127.03
April		1.29	1.61	2.06	1.75	5.42	38.90	118.00
Mai		1.30	1.55	2.08	1.75	4.93	36.42	107.63
Juni	1.01	1.31	1.55	2.16	2.05	5.78	29.07	118.47
Juli	1.01	1.30	1.56	2.23	2.42	6.51	28.46	141.69
August	1.08	1.31	1.58	2.46	2.63	8.26	36.38	185.22
September	1.09	1.32	1.60	2.50	2.66	10.74	43.00	300.81
Oktober	1.14	1.37	1.62	2.53	2.51	17.45	58.24	634.05
November	1.17	1.38	1.63	2.59	2.63	22.23	78.66	1223.19
Dezember	1.16	1.50	1.89	2.25	3.30	29.42	99.60	1261.38

Umrechnungsverhältnis betreffend Goldzahlungen (Goldparität)
 (Berechnet von der Oesterreichisch-ungarischen Bank, bzw. Oesterreichischen Nationalbank.)

Wochen	Goldparität	Wochen	Goldparität	Wochen	Goldparität
1922		1922		1923/24	
2. I. — 8. I.	1190	3. VII. — 9. VII.	3.850	1. I. — 7. I.	14.250
9. I. — 15. I.	1410	10. VII. — 16. VII.	4.670	8. I. — 14. I.	14.250
16. I. — 22. I.	1405	17. VII. — 23. VII.	6.100	15. I. — 21. I.	14.250
23. I. — 29. I.	1690	24. VII. — 30. VII.	7.300	22. I. — 28. I.	14.500
30. I. — 5. II.	1780	31. VII. — 6. VIII.	7.500	29. I. — 4. II.	14.500
6. II. — 12. II.	1670	7. VIII. — 13. VIII.	10.570	5. II. — 11. II.	14.500
13. II. — 19. II.	1450	14. VIII. — 20. VIII.	10.900	12. II. — 18. II.	14.500
20. II. — 26. II.	1270	21. VIII. — 27. VIII.	15.200	19. II. — 25. II.	14.500
27. II. — 5. III.	1270	28. VIII. — 3. IX.	17.000	26. II. — 4. III.	14.400
6. III. — 12. III.	1380	4. IX. — 10. IX.	15.460	5. III. — 11. III.	14.450
13. III. — 19. III.	1560	11. IX. — 17. IX.	15.200	12. III. — 18. III.	14.450
20. III. — 26. III.	1360	18. IX. — 24. IX.	15.100	19. III. — 25. III.	14.500
27. III. — 1. IV.	1550	25. IX. — 1. X.	15.100	26. III. — 1. IV.	14.500
2. IV. — 8. IV.	1540	2. X. — 8. X.	15.100	2. IV. — 8. IV.	14.450
9. IV. — 15. IV.	1560	9. X. — 15. X.	14.970	9. IV. — 15. IV.	14.400
16. IV. — 22. IV.	1570	16. X. — 22. X.	14.970	16. IV. — 22. IV.	14.400
23. IV. — 29. IV.	1570	23. X. — 29. X.	14.940	23. IV. — 29. IV.	14.400
30. IV. — 6. V.	1630	30. X. — 5. XI.	15.050		
7. V. — 14. V.	1660	6. XI. — 12. XI.	15.000		
15. V. — 21. V.	1800	13. XI. — 19. XI.	15.000		
22. V. — 28. V.	2000	20. XI. — 26. XI.	14.940		
29. V. — 4. VI.	2100	27. XI. — 3. XII.	14.690		
5. VI. — 11. VI.	2400	4. XII. — 10. XII.	14.500		
12. VI. — 18. VI.	3200	11. XII. — 17. XII.	14.500		
19. VI. — 25. VI.	3400	18. XII. — 24. XII.	14.380		
26. VI. — 1. VII.	3600	25. XII. — 31. XII.	14.380		
				Seither unverändert	14.400

Quelle: Statistische Nachrichten, Nr.1, 1924

erleichterte den Export. Es war nicht schwer, für Waren, die gemessen an ausländischen Preisen nur einen geringen Kostenaufwand erforderten, Absatz zu finden. Entsprechend gut war auch die Beschäftigung. Die gleich nach Kriegsende geschaffene Arbeitslosenunterstützung war im Jahr 1919 noch schwer belastet. Von 1920 bis 1922 herrschte aber praktisch Vollbeschäftigung und die geringste Arbeitslosigkeit, die in der Ersten Republik überhaupt erreicht wurde. Es ließ sich geradezu ein Zusammenhang zwischen dem Sinken der Arbeitslosigkeit und dem Steigen der Großhandelspreise feststellen. (38)

Die Inflation beschleunigte die spekulativen und kommerziellen Umsätze außerordentlich. Die Kehrseite war insbesondere die Vernichtung des nicht in realen Werten angelegten Vermögens, die Zertrümmerung des kleinen Rentnerkapitals, die Drosselung des allgemeinen Verbrauchs bei Begünstigung des Luxuskonsums, vor allem aber die Entblößung der Volkswirtschaft von ihren Lagervorräten, die teilweise - ein an sich unrationeller Vorgang - in die Hände der Konsumenten wanderten, teilweise zu Schleuderpreisen ins Ausland abgestoßen wurden. (39)

Verhängnisvoll war auch, daß mit großem Eifer durchgeführte Investitionen vielfach fehlgeleitet wurden, da die Preiswirrnis der Inflation den Unternehmern jede Sicht und jede Zweckmäßige Orientierung nahm. (40)

Je mehr die Währung verfiel, desto mehr wurde die Beschäftigung der Industrie zur Scheinkonjunktur, da dort wo es ihr gelang

38) Ernst Wagemann, Struktur und Rythmus der Weltwirtschaft, a.a.O., S. 293

39) a.a.O.

40) So vermehrte sich etwa die Zahl der Sägewerke in Österreich während der Inflationszeit auf Grund der scheinbar günstigen Absatzlage weit über die Möglichkeiten der inländischen Holzproduktion. Vgl. Hans Bayer, a.a.O. S. 93 f.

zu exportieren, dies auf Kosten der Substanz geschah. Den größten Umfang nahm dieser Ausverkauf 1920 und im Herbst 1922 an, wo das Tempo der Inflation so groß wurde, daß selbst die vielfach indexierten Löhne mit dem Fortschritt der Geldentwertung nicht mehr Schritt halten konnten. (41) Die Inflationskonjunktur hatte daher einen Kapitalverlust zur Folge, bei dem das durch die Kriegswirtschaft ohnehin reduzierte Umlaufkapital der Unternehmen noch weiter vermindert wurde. (42) Was man konsumiert hatte war das Kapital, und zwar das produktive Kapital.

"Die Inflation war die furchtbarste Aufsaugung und Entgüterung der besitzenden und verdienenden Schichten zugunsten der Besitzlosen und der öffentlichen Bedürfnisse." schrieb die Neue Freie Presse, als die Geldentwertung endlich vorüber war. "Die meisten bestehenden Schuldverhältnisse sind durch sie praktisch außer Wirksamkeit gesetzt, der Staat hat seine enormen Verpflichtungen fast zur Gänze abgeschüttelt, das Geld ist durch die uferlose Ausgabe völlig ungedeckter Zettel bis zur vollkommenen Wertlosigkeit herabgedrückt. Das Kapital hat die große Zeche des Weltkrieges gezahlt, die Rücklagen und Ersparnisse von Generationen sind weggefegt." (43) Unter diesen Bedingungen konnten die Probleme der österreichischen Wirtschaft keine Lösung finden. Man arbeitete nicht an der Anpassung an die neue Situation, sondern im

41) "Die Handelspolitik und der Außenhandel Österreichs in den Jahren 1918-1936", in: Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, Wien 1936, S.270

42) Vgl. Layton-Rist, a.a.O., S. 5

43) Neue Freie Presse, 1.1.1924

Gegenteil, das System des Papiergeldes hatte die letztlich unvermeidliche Lösung erschwert und verschlechtert und die Ausweitung von Wirtschaftsbereichen hervorgerufen, bei denen die Notwendigkeit zur Einschränkung am meisten bestand. (44)

44) Vor allem Banken schossen in der Inflationszeit "wie Pilze aus dem Boden" (Patzelt, a.a.O., S.22) und ihre Zahl vermehrte sich von 176 Instituten im Jahre 1913 auf 321 im Jahre 1924. Zusätzlich vermehrte sich die Zahl der gewerblichen Betriebe von 1919 bis 1923 um etwa 7.000. (Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, Wien 1936, S. 270)

Österreich 1923-1924 - Die Stabilisierungskrise

Nach der günstigen Inflationskonjunktur, welche die wirtschaftlichen Strukturschwächen und die mangelnde Anpassung des Landes an die neuen Gegebenheiten verdeckte, stand Österreich 1923/24 wieder weitgehend den Problemen gegenüber, die sich bereits unmittelbar nach dem Krieg gestellt hatten. Den Illusionen der ersten Nachkriegszeit, der Inflation und dem Wunsch nach Angliederung an ein größeres Wirtschaftsgebiet, war die Realität der wirtschaftlichen Beschränkung und politischen Selbstständigkeit in einem Kleinstaat gefolgt. Wenn sich die Republik Österreich auch durchaus als wirtschaftlich lebensfähig erweisen sollte, so wurde die Normalisierung der Wirtschaft durch die verzögerte Anpassung vier Jahre nach Ende des Krieges nicht unwesentlich kompliziert.

Eingeleitet wurde die Stabilisierung durch eine Völkerbundanleihe von 650 Millionen Goldkronen, an die eine Reihe von Bedingungen geknüpft war: (45) Einstellung der Notenpresse, Reform des Staatshaushaltes, schrittweise Herstellung des Budgetausgleiches durch Steuererhöhung, Ausgabenkürzung und Beamtenabbau. (46)

45) Das Budgetdefizit wurde bis zum Ausgleich durch die Völkerbundanleihe gedeckt, die durch eine Verpfändung der Zölle und des Tabakmonopols gesichert war. Zusätzlich wachte ein vom Völkerbund eingesetzter Kommissar (Dr. Zimmermann), der die Gelder auch freigab, über die Einhaltung der Bestimmungen, wobei in diesem Zusammenhang sogar dem Parlament Kompetenzen entzogen wurden. Die Völkerbundanleihe war jedenfalls ein blendendes Geschäft. Neben der geradezu absoluten Sicherheit durch Verpfändung und Kontrolle der Wirtschafts- und Finanzpolitik Österreichs, war der in den einzelnen Ländern unterschiedliche Ausgabekurs von 80% bis 93% nicht gerade günstig für Österreich und der Zinssatz von 6% bis 7% zumindest hoch. Vgl. Georges

Schon die Nachricht über die Absicht des Völkerbundes, eine Sanierungsaktion für Österreich einzuleiten, genügte, um der weiteren Kurssturz der Krone Einhalt zu gebieten. (47) Im September 1922 stabilisierte sich der Außenkurs der Krone und ab 18. November verzichtete die Finanzverwaltung, weiterhin Zuflucht zur Notenpresse zu nehmen. Der Teuerungsprozeß hatte damit zwar noch nicht völlig seinen Abschluß gefunden, verlief aber in geregelteren Bahnen.

Damit gingen die Expansionserscheinungen inflationistischer Natur ihrem Ende zu. Die in der Inflationszeit wegen der niedrigen Preise erfolgten Auslandsbestellungen blieben bereits in den ersten Monaten nach der Stabilisierung aus. (48) Betriebseinschränkungen und Betriebsschließungen waren die Folge. Bereits ab Sommer 1922 stieg die Arbeitslosigkeit beträchtlich an. (49)

Morgain, La Couronne Autrichienne..., a.a.O., S. 231;
ebenso: V. Kienböck, Das österreichische Sanierungswerk,
Wien 1925; Karl Renner, Österreichs Volkswirtschaft
und die Sanierung, Wien 1923

- 46) Von den Ende Oktober 1922 in Dienst stehenden 276.903 Bundesbediensteten, einschließlich der Betriebe und der Eisenbahnen, wurden im Zuge der Sanierungsaktion bis Ende 1924 im ganzen 81.613, oder 29,5% abgebaut. Patzelt, a.a.O., S. 12
- 47) Vgl. Richard Reisch, a.a.O., S. 283
- 48) Vgl. Otto Deutsch, Erfolgswerte der österreichischen Wirtschaft, in: Wirtschaftliche Nachrichten für Handel, Gewerbe und Industrie, Wien 5.9.1924, S. 737; und: Karl Rausch, Fortschritt im Wiederaufbau, Wien 1923
- 49) Damit begann die Arbeitslosigkeit bereits mitten in der Inflation zu steigen, wie dies auch in Deutschland zwei Jahre später der Fall war. Arbeitslosigkeit und Inflation schlossen daher schon damals einander nicht unbedingt aus. Die Inflation war bis zu einem gewissen Grad und für eine bestimmte Zeit stark konjunkturfördernd. Im Sommer 1922 dauerte sie aber bereits so lange und hatte ein solches Ausmaß erreicht, daß die Konjunktur in sich zusammenzubrechen begann und erste Anzeichen der 1923/24 einsetzenden Krise der Erschöpfung zu erkennen waren.

Branchen, die aus der Geldentwertung vermehrten Gewinn gezogen hatten - Banken, Luxusgewerbe, Fremdenverkehr - gerieten zunehmend in Bedrängnis. Die Zahl der Insolvenzen mehrte sich.

Dennoch bestand eine Hoffnung auf die Vermeidbarkeit der Krise. Die ersten Impulse nach der Sanierung empfing die österreichische Wirtschaft nach der französischen Besetzung des Ruhrgebietes durch große Bestellungen des Auslands an die Eisen- und Maschinenindustrie. Als im Herbst 1923 die Ruhrkonjunktur nachließ, ersetzten größere Inlandsbestellungen, Elektrifizierung, Wohnbauten der Gemeinde Wien, den Ausfall beim Export. (50)

So wurde 1923 ein "Jahr der Erholung" und "der starken Zuversicht in den Erfolg der Sanierung". (51) Österreich war das erste Land, das zur Wiederherstellung seiner zerütteten Währung gelangte und diese Sanierung schien ohne wirtschaftliche Rückschläge geglückt zu sein.

"Allgemeine Besserung, keine Industriekrise" konnte die Presse für 1923 melden. (52) Das Budgetdefizit war bereits im November dieses Jahres, im zehnten Monat der Finanzkontrolle des Völkerbundes, überwunden und "es offenbarte sich, daß Österreich viel reicher war, als man zu Beginn des Sanierungswerkes angenommen hatte" (53) Nicht einmal die Hälfte der

50) Otto Deutsch, a.a.O, S.737

51) "Chronik der österreichischen Wirtschaftlichen Entwicklung seit der Währungsstabilisierung", in: Die Entwicklung der Österreichischen Wirtschaft 1923-1932, Österreichisches Institut für Konjunkturforschung, Wien 1933, S.2;
Vgl. auch: Otto Deutsch, Die wirtschaftlichen Ergebnisse des ersten Sanierungsjahres, Wien 1923

52) Neue Freie Presse, 1.1.1924

53) XLII.Bericht des Generalkommissars des Völkerbundes für Österreich, Wien 15.5.1926, S. 27 ff.

Völkerbundanleihe wurde letztlich für die Abdeckung des Budgetdefizits benötigt.

Der Geldwert war fest verankert, der Kurs der Krone zum Dollar stabil. Die Golddeckung der Noten war 1923 mit 50% doppelt so hoch wie 1922, die Spareinlagen stiegen in einem Jahr von 74 Milliarden auf 550 Milliarden Kronen, der Stundenlohn der Arbeiter erhöhte sich auch real, der Nettoertrag der öffentlichen Abgaben und Monopole stieg und der Aktienindex sprang von 719 (1922) Punkten auf 2.586 (1923).

Die Früchte der Sanierung waren "während des ersten Jahres mit geradezu tropischer Schnelligkeit gereift." (54)

Die wohltätigen Wirkungen waren "im öffentlichen Leben und in der Wirtschaft jedes einzelnen deutlich zu erkennen, im rückkehrenden Selbstvertrauen, im steigenden Konsum..." (55)

Das Steigen der Börsenwerte wurde aber fälschlich in die Erfolgsbilanz der Sanierung mit übernommen.

Neben der "Ruhrkonjunktur" war es vor allem diese Hausse an der Wiener Börse, welche die wirtschaftlichen Folgen der Sanierung nicht sofort spürbar werden ließ und ein "konjunktur-elles Zwischenhoch" hervorrief.

Als 1923 das Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft Österreichs wieder zu erwachen begann, war man allgemein der Überzeugung, daß sich die österreichischen Börsenkurse der vollzogenen Geldentwertung nicht genügend angepaßt hätten. Obwohl die Bilanzen der Aktiengesellschaften auf Grund der Inflation die Abschätzung des wahren Wertes vollkommen unmöglich machte, fanden große Käufe statt. Ein wesentlicher Teil der Dank der Stabilisierung nach Österreich zurück

54) Neue Freie Presse, 1.1.1924

55) a.a.O.

gewanderten Gelder stellte sich in den Dienst dieser Spekulation. So verdreifachte sich im Verlauf des Jahres 1923 der Durchschnittskurs der Börsenwerte und die Tatsache, daß sich das Ausland an dieser Spekulation stark beteiligte, bildete für die österreichischen Käufer noch einen zusätzlichen Anreiz. Die "Doktrin vom Substanzwert" beruhte jedoch auf einer Täuschung. Gegen Ende des Sommers 1923 begannen die ausländischen Anleger zu verkaufen. Die österreichischen Banken, deren Aktiven sich zum großen Teil aus industriellen Anlagen zusammensetzten, versuchten den Kurs der Aktien ihrer Unternehmen aufrecht zu erhalten und mußten deshalb zu einem erhöhten Kurs zurück kaufen. (56) Die Haussebewegung hörte zu Beginn des Jahres 1924 entgültig auf. Etwa zur selben Zeit begann sich der Kurs des französischen Francs abzuschwächen und zog die Aufmerksamkeit der Spekulanten auf sich: man hoffte, ebenso große Gewinne zu erzielen, wie zur Zeit der Entwertung der Krone und der Mark. (57)

Da schien es auch in Wien ein günstiges Geschäft, Francs schuldig zu bleiben und Termingeschäfte abzuschließen, um sie dann bei einem niedrigeren Kurs zu begleichen. Der Stillstand im Effektengeschäft und der schwache Absatz bei

56) Vgl. Layton-Rist, a.a.O., S. 72

57) Trotz der wirtschaftlich günstigen Lage stand Frankreich 1923 vor einer "Krise des Vertrauens in die Währung" (Neue Freie Presse, 20.3.1924). Die finanzpolitische Situation Frankreichs krankte an dem Nichteinlangen von Reparationszahlungen, steigendem Budgetdefizit und einer Kreditverweigerung auf den europäischen Kapitalmärkten.

Handel und Industrie boten noch eine zusätzliche Veranlassung, "daß sich Kreise dem Valutageschäft zuwandten, die ihm bisher in weitem Bogen aus dem Wege gegangen waren." (58)
"Im Wiener Börsensaal schnurrte es nur von den Notierungen des Kabelkurses und das Geschäft nahm Dimensionen an, die einen beängstigenden Charakter hatten." (59)

Die Francs-Spekulation sollte aber für Österreich der letzte Anstoß werden, um die wirtschaftlichen Konsequenzen der Stabilisierung, die durch Sondereinflüsse ein Jahr lang überdeckt oder zumindest relativiert worden waren, deutlich zu machen.

Im März 1924 gelang es der französischen Regierung von einer amerikanischen Bankengruppe einen großen Kredit zu

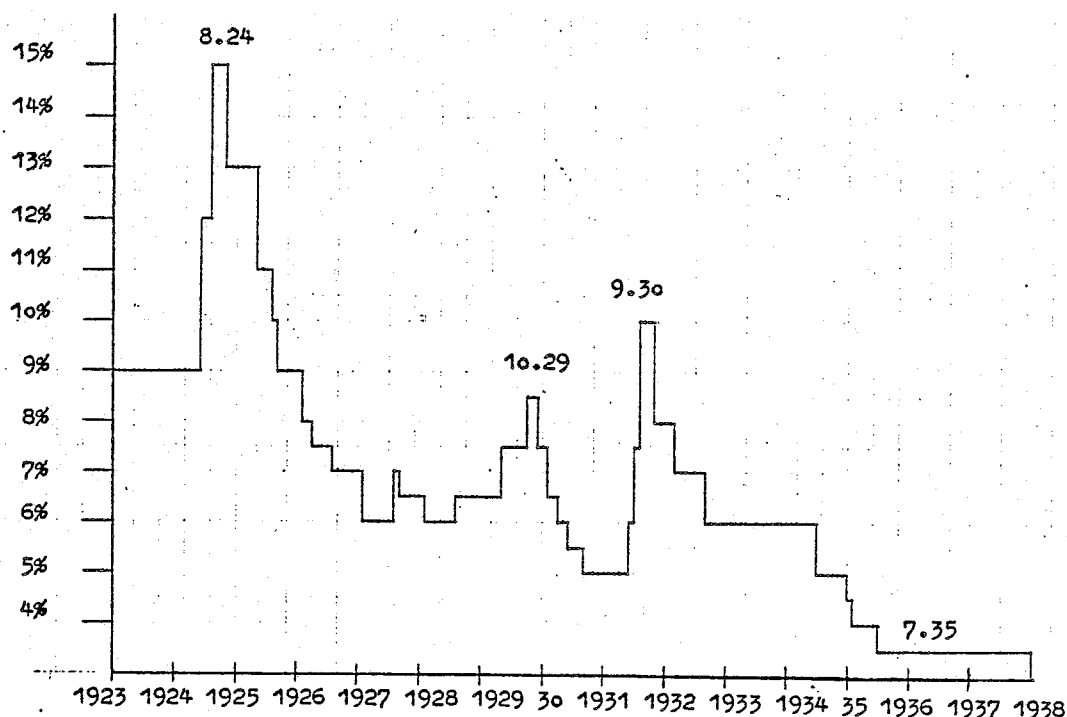
58) Die Börsenhausse 1923 und die Francs-Spekulation 1924 muß in Österreich auch im Zusammenhang mit der Inflation und der durch sie geschaffenen Mentalität weiter Bevölkerungskreise betrachtet werden. Der ehemalige Notenbankpräsident Richard Reisch schrieb dazu: "Der rasche Wechsel des Geldwertes während der lange dauernden Inflationszeit hatte kaufmännisches Rechnen unmöglich und jedes Geschäft zu einer Spekulation gemacht; kein Wunder, daß weite Kreise der Bevölkerung kaufmännische Überlegungen überhaupt verlernt und sich den reinen Spekulationsgeschäften gewidmet hatten, bei welchen die raschere geistige Anpassungsfähigkeit an die voraussichtliche Geldmarktsituation allein über den Erfolg entschied und der agilere Händler gegenüber dem zu lange an den alten Preissätzen festhaltenden Verkäufer stets im Vorteil war..." a.a.O., S.288; Ebenso beklagten die vom Völkerbund bestellten Wirtschaftsexperten Layton und Rist noch 1926: "Es hat lange Zeit gebraucht, bis die Inflationsmentalität überwunden war, und der Geist strenger Wirtschaftlichkeit die Hoffnung auf leichte Spekulationsgewinne aus dem Geschäftsleben verdrängte." a.a.O., S.5

59) Neue Freie Presse, 19.2.1924

erlangen und ihre finanzielle Lage zu konsolidieren. Die Folge war eine sprunghafte Kursverbesserung des Franc und der Zusammenbruch der à la baisse orientierten Spekulation. "Eine der größten internationalen Spekulationskämpfe auf dem Währungsgebiet" war beendet und unbedingt stand "der Sieg der französischen Finanzpolitik über eine Spekulation fest, die Namen weltbekannter Bankgrößen in ihren Reihen sah."(60)

In Österreich kam es zu einem Kurssturz an der Effektenbörse und einem Sinken der Aktienemission, die im Oktober nur mehr ein Drittel des Standes vom Jahresbeginn erreichte. Der Banknotenumlauf stieg und ebenso das Wechselportfeuille, dem die Nationalbank durch eine Erhöhung des Zinsfuß zu begegnen trachtete. Der Diskontsatz stand vom August bis November 1924 auf 15% und erreichte den bei weitem höchsten Wert in der Zwischenkriegszeit überhaupt.

Zinssatz Bankdiskont der Österreichischen Nationalbank



60) Neue Freie Presse, 20.3.1924; Die Verluste aus der Francs-Spekulation wurden für Österreich mit 52 Millionen Francs im Clearing und etwa 40 Millionen Francs im Warengeschäft geschätzt. (Neue Freie Presse, 1.1.1925) Wobei auf Grund der Termingeschäfte ein Großteil der Verbindlichkeiten nicht sofort im März, sondern erst im Sommer 1923 fällig wurde.

Die Kreditorganisation des ganzen Landes war erschüttert. Die größte Zahl der während der Inflationszeit gegründeten Banken, die sich zum Teil "der liebevollen Förderung mächtiger politischer Parteien erfreuten" (61) brachen zusammen oder wurden an größere Institute angegliedert. Selbst ältere Banken, wie die Allgemeine Depositenbank, oder die Lombard- und Escompte-Bank wurden mitgerissen. (62)

Zahl der Banken auf dem Gebiet der Republik Österreich:

	1913	1924	1926
Aktienbanken	26	61	24
Privatbanken	150	260	124

Quelle: Julius Patzelt, a.a.O., S. 22

Mit dem Jahr 1924 setzte auch eine weitgehende Abkehr der Bevölkerung von der Spekulation ein, was allerdings eine Verödung des Aktienmarktes zur Folge hatte. Die große Zeit der Wiener Börse war damit vorbei. Der ohnehin schon traditionelle Kapitalmangel in Österreich verstärkte sich und das Anwachsen der Spareinlagen muß zumindest zum Teil aus dieser Sicht, als ein Zurückziehen von Kapitalien aus dem Produktionsprozeß gesehen werden. (63) Der Rückblick der Presse auf das Jahr 1924 war demnach nicht mehr so günstig wie ein Jahr vorher: "Die Spekulations- und Finanzkrise hat einen Zustand ausgelöst, dessen innere Ursache die unterbliebene Selbstbeschränkung und Einengung des Notenumlaufs und Kredites bildet; einen Rückschlag,

61) Neue Freie Presse, 1.1.1925

62) Vgl. Hans Bayer, a.a.O., S. 164

63) Vgl. Franz Haber, Österreichs Wirtschaftsbilanz, a.a.O., S.81

nach der vorausgegangenen Stabilisierung, wie ihn alle Länder erlitten haben, die plötzlich und ruckweise aus der Verlotterung der Inflation herausgerissen und in eine reinere, kältere Luftschicht gebracht worden sind. Erst jetzt ist die notwendige Ernüchterung, die unausbleibliche Folge jeder Stabilisierung, über uns gekommen..." (64)

Schon im Jahr 1923 ging der Brennstoffverbrauch der Industrie zurück, kam es zu vermehrter Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Die Kreditkrise des Jahres 1924 machte die strukturellen Schwächen der österreichischen Industrie vollens deutlich: Das durch die Inflation weitgehend aufgebrauchte Betriebskapital, die geschwächte Konsumkraft der Bevölkerung und die daraus folgende geringe Investitionstätigkeit und ungünstige Absatzlage.

Die Stabilisierungskrise des Jahres 1924 bot jedoch ein außerordentlich differenziertes Bild. Neben der Depression auf dem Geld- und Kapitalmarkt wirkte sie sich in erster Linie als eine Krise der Investitionsgüterindustrie aus, in einem Produktionsrückgang auf diesem Gebiet, einer steigenden Zahl von Insolvenzen und einer anwachsenden Arbeitslosigkeit. Betroffen war vor allem die Metall- und Maschinenindustrie, der Bergbau, das Baugewerbe und die Holzverarbeitende Industrie.(65)

64) Neue Freie Presse, 1.1.1925
Vgl. auch: Otto Bauer, Die Wirtschaftskrise in Österreich, Wien 1924

65) Demgegenüber scheinen die Angaben des Instituts für Wirtschaftsforschung: Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963", Wien 1965, bei welchen die Stabilisierungskrise 1924 völlig untergeht, für das Jahr 1924 zumindest zu optimistisch zu sein. Nach dieser Arbeit verläuft die österreichische Produktion analog der Europas, mit einem Rückschlag im Jahr 1923 und einem beginnenden Aufstieg im Jahr 1924. Beidem widersprechen die Angaben Wagenführs (S.15) für das Jahr 1923 vollkommen und für das Jahr 1924 zumindest in diesem Ausmaß. Ebenso eine ganze Reihe entscheidender wirtschaftlicher Indikatoren: Insolvenzen, sämtliche Reihen der Eisen und Stahlerzeugung, der Index des allgemeinen Geschäftsgangs und die stark steigende Zahl der unterstützten Arbeitslosen, die das Bild der Krise der Investitionsgüterindustrie deutlich unterstreicht.

Von den Produktionsindizes ging jedoch nur der der Produktionsgüter absolut zurück (-1), während der Bergbau stagnierte und die Verarbeitende Industrie (+8) und die Verbrauchsgüterindustrie (+11) so zunahmen, daß der Gesamtproduktionsindex 1924 immerhin um sieben Punkte stieg, was allerdings gegenüber dem Durchschnitt der europäischen Entwicklung (+12) eine deutliche Verlangsamung anzeigte.(66) Daß sich der wirtschaftliche Rückschlag im Bereich der gesamten Produktion nur relativ schwach niederschlug, änderte aber nichts an der Eindeutigkeit der Krise in vielen Bereichen.

Die spezifische und außerordentlich problematische wirtschaftliche Entwicklung Österreichs kam in der unterschiedlichen konjunkturellen Entwicklung im Vergleich mit den meisten anderen europäischen Ländern zum Ausdruck. Die Krise 1924 war daher eine österreichische Krise, mit zwar exogenem Anstoß aber endogenen Ursachen. Während Europa, vor allem das Deutsche Reich schon 1923 schwere Produktionsrückgänge auf allen Bereichen zu verzeichnen hatte, stieg in Österreich in diesem Zeitraum auf Grund der beschriebenen außergewöhnlichen Einflüsse die Produktion weiter an. Als sich Europa aber bereits am Beginn einer Hochkonjunktur befand, die bis 1929 andauern sollte, erlebte Österreich 1924 einen Rückschlag in der industriellen Produktionstätigkeit, von dem es sich bis 1926 nur langsam erholen konnte.

66) Vgl. Tabelle S. 38

	Österreich	Deutschland	Großbritannien	USA	Europa (ohne UdSSR)	Welt
Insgesamt						
1913	85	98	107	63	87	73
1919	34	37	-	76	57	65
1920	41	54	107	79	68	71
1921	54	65	73	61	62	60
1922	65	70	87	77	72	73
1923	69	46	95	92	70	79
1924	76	69	98	86	82	82
1925	84	81	93	95	86	88
1926	85	78	72	98	84	90
1927	97	98	103	96	97	96
1928	100	100	100	100	100	100
1929	102	101	106	107	105	107
1930	90	89	97	87	98	96
1931	81	72	89	73	87	87
Verarbeitende Industrie						
1913	84	95	104	62	85	70
1919	26	-	-	76	-	-
1920	34	49	111	78	66	68
1921	52	62	74	60	61	59
1922	62	68	81	78	70	72
1923	68	46	89	91	68	77
1924	76	68	93	85	81	80
1925	84	80	90	95	85	87
1926	85	76	78	97	85	90
1927	98	98	102	95	96	95
1928	100	100	100	100	100	100
1929	102	100	105	106	105	107
1930	90	88	96	85	98	96
1931	82	71	88	71	86	87
Produktionsgüter Industrie						
1913	86	99	106	57	85	69
1919	37	32	-	68	42	-
1920	44	56	114	78	68	-
1921	58	65	71	54	59	55
1922	69	70	83	72	69	69
1923	72	43	99	91	69	79
1924	71	65	100	85	83	81
1925	80	80	89	94	84	87
1926	82	77	61	99	81	90
1927	93	97	102	94	95	94
1928	100	100	100	100	100	100
1929	101	102	117	109	109	110
1930	89	85	107	85	101	96
1931	78	63	96	66	85	82
Verbrauchsgüter Industrie						
1913	85	97	111	78	88	81
1919	29	-	-	89	-	-
1920	37	51	93	82	66	67
1921	52	69	77	82	68	69
1922	62	74	94	94	79	80
1923	68	57	88	99	75	80
1924	79	81	93	91	86	84
1925	86	85	103	97	78	90
1926	87	80	94	97	88	91
1927	100	103	104	103	101	100
1928	100	100	100	100	100	100
1929	102	98	101	104	103	105
1930	91	93	91	89	98	98
1931	83	85	89	90	87	91

Österreich 1925-1929 - Die Zeit der Anpassung

Die Reformen bei Budget und Währung waren somit erfolgreich durchgeführt. Ende 1924 wurde dann ein neues Zahlungsmittel, der Schilling, eingeführt, (67) und damit "eine Periode der Irrungen und Wirungen der alten österreichisch-ungarischen Währung für die Republik Österreich entgültig abgeschlossen und das Währungswesen auf eine neue und gesunde Basis gestellt." (68) Der österreichische Schilling wurde zu einer der stabilsten Währungen auf dem Kontinent.

1925, mit dem Goldbilanzgesetz, wurde dann den Unternehmen noch die Gelegenheit gegeben, die Bilanzen, die zu einem Zerrbild der Vermögenslage geworden waren, in einer Art Eröffnungsbilanz neu zu bewerten. (69)

Damit hatte Österreich die Währung und das Budget stabilisiert, aber noch nicht die Wirtschaft. Die Folgen der Stabilisierung, bzw. der vorangegangenen Desintegration und Inflation, konnten nur langsam und wie etwa im Falle der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht mehr abgebaut werden.

Eine der Ursachen dieser zögernden wirtschaftlichen Erholung war die in Österreich betriebene Wirtschaftspolitik, die mehr als in anderen Ländern am Wechselkurs orientiert war und auch nach Aufhebung der Völkerbundkontrolle den "Blick auf die Finanzprobleme und auf die internationale Kreditfähigkeit Österreichs" (70) konzentrierte.

67) Das Schillingsgesetz vom 20.12.1924 schuf eine neue Währungseinheit, den Schilling, der 10.000 Kronen entsprach und einen Wert von 0,21172086 g. Feingold hatte.

68) Richard Reisch, a.a.O., S. 288

69) Vgl. Walter Loewenfeld, Die Goldbilanz in Österreich, in: Wirtschaftliche Nachrichten..., a.a.O., S. 82

70) Kurt Rothschild, Wurzeln und Triebkräfte der österreichischen Wirtschaft, in: Österreichs Wirtschaftsstruktur, a.a.O., S.82

Noch bis 1926 mußte die Lage in nahezu sämtlichen Bereichen von Industrie, Handel und Gewerbe als ungünstig bezeichnet werden. In keiner Branche waren die Erzeugungsmöglichkeiten voll ausgenutzt und viele Betriebe hatten Kurzarbeit. (71) In einer Zeit internationaler Hochkonjunktur zeichnete sich die österreichische Wirtschaft noch bis 1926 durch ein eher mäßiges Wachstum aus. Neben der Gemeinde Wien, die mit dem kommunalen Wohnbau und der Elektrifizierung der Stadtbahn eine eigenständige Wirtschaftspolitik betrieb, boten lediglich die Nahrungsmittelindustrie, die Papiererzeugung und die Bundesbahn ein besseres Bild. (72) Der Brennstoffverbrauch der Industrie stagnierte, und die Zahl der Insolvenzen hielt sich weiterhin auf hohem Niveau. Die Großhandelspreise zeigten eine fallende Tendenz, ebenso der Index des allgemeinen Geschäftsgangs, der speziell 1926 einen starken Rückgang erlitt. Entsprechend stieg die Zahl der Arbeitslosen, (73), deren ständig hohes Niveau zu dem Schluss kommen ließ, "daß der österreichische Arbeitsmarkt auf die Dauer durch einen Überschuß an Arbeitskräften überlastet" sei. (74)

71) Eduard Heini, Wirtschaftsenquete 1926, a.a.O., S. 1

72) Die Betriebsleistung der Bundesbahn (Nutzlasttonnenkilometer der Güterzüge) erreichte schon im September 1926 einen ersten Höhepunkt und konnte sich bis 1929 auf hohem Niveau halten.

73) Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen (saisonbereinigt) stieg bis Herbst 1926 kontinuierlich an und stagnierte dann bis zum August 1929 bei durchschnittlich 130.000 unterstützten Arbeitslosen. Wenn auch die Zahl der unterstützten Arbeitslosen als Konjunkturindikator nicht immer stichhältig ist, da die besondere Konstruktion der österreichischen Arbeitslosenversicherung die Landflucht und den Zuzug zu industriellen Unternehmungen förderte und auch nicht immer alle Arbeitslosen unterstützt worden waren, so war zumindest in den Zwanzigerjahren die Tendenz den Arbeitsmarktgegebenheiten durchaus entsprechend.

74) Statistische Nachrichten, Wien 1927, S. 41

Bereits 1926 deuteten jedoch einige Indikatoren eine Besserung der konjunkturellen Lage an: vor allem das Steigen im Güterverkehr der Bundesbahn und das Anwachsen der Steuereinnahmen.

Die wirtschaftliche Besserung trat auch 1927 auf fast allen Gebieten ein. Österreich hatte letztlich den Anschluß an die internationale Hochkonjunktur gefunden und erlebte bis zum Sommer 1929, trotz einer leichten wirtschaftlichen Stockung um die Jahreswende 1928/29, die auf einen extrem langen und harten Winter zurückzuführen war, eine starke wirtschaftliche Erholung.

Eine rein konjunkturelle Betrachtung wird aber der wirtschaftlichen Dynamik der zweiten Hälfte der Zwanzigerjahre nicht gerecht. In diesen fünf Jahren expandierte die Industrie - mit Schwerpunkt des Wachstums in den letzten drei Jahren - um 40% oder durchschnittlich 7% pro Jahr und erreichte 1929 etwa das Produktionsvolumen von 1913. (75)

Dieser Erfolg wurde jedoch keineswegs mit der selben volkswirtschaftlichen Konstruktion erreicht wie vor dem Kriege. Der Beitrag der einzelnen Produktionszweige hatte sich verschoben, Leder, Papier, Eisen- und Stahl etwa hatten einen größeren Anteil, der Dienstleistungssektor, die Baustoff- und die Möbelindustrie waren zurückgegangen. Die österreichische Wirtschaft hatte sich den neuen Verhältnissen mehr oder weniger angepaßt. Eine Anpassung, die trotz einiger Bemühungen, vor allem auf dem Gebiet der Zollpolitik, kaum von staatlichen Maßnahmen gelenkt worden war, sondern der Wirtschaft selbst überlassen blieb. Auf manchen Gebieten war die Richtung der strukturellen Entwicklung der österreichischen Wirtschaft sogar durch Maßnahmen der Nachfolgestaaten bestimmt: "So war beispielsweise das Einfuhrverbot der Tschechoslowakei für

75) Vgl. "Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963", a.a.O., S.5

Baumwollgarne Anlaß zur Gründung von Webereien in Österreich, also zu einer Anpassung der Baumwollwebereien an die Spinnereien. Oder es haben Ausfuhrbeschränkungen, wie etwa bei Zucker, starke Erhöhung der inländischen Produktion und damit die Anpassung an den inländischen Bedarf herbeigeführt." (76)

Bis etwa 1926 erfolgte die Umstrukturierung der österreichischen Volkswirtschaft in hohem Maße durch Betriebseinstellungen und -stillegungen, danach aber vor allem durch Rationalisierung und Neugründung. (77) Die Rationalisierung erreichte in der

76) Hans Bayer, a.a.O., S. 69

77) Hier ergibt sich abermals ein Widerspruch zu der Studie "Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963" des Österr. Instituts für Wirtschaftsforschung, der zum Teil sogar in der Studie selbst zum Tragen kommt.

Hierin wird von einer "Stagnation der Investitionen in der Ersten Republik" gesprochen und angeführt: "dem geringen Zuwachs an realen Sachanlagen (die Bruttoinvestitionen waren nur in den Konjunkturjahren etwas größer als der Ersatzbedarf) stand eine Vermehrung der Schulden und ein Verzicht auf Eigentumsrechte gegenüber. Das Nettovermögen der österreichischen Wirtschaft schrumpfte." a.a.O., S.19

Diese These wird mit den vom Institut geschätzten, nicht weiter belegten Daten illustriert. Die Umstellung von einem Teil der Monarchie auf eine "kleinösterreichische" Wirtschaft brachte jedoch in den Zwanzigerjahren eine Investitions- und Rationalisierungstätigkeit in Gange, die weit über dem Ersatzbedarf lag. Daß dieser stark veränderte, rationalisierte Produktionsapparat 1929 wieder ungefähr das Ergebnis von 1913 erreichen konnte, und das trotz mancher schrumpfender Wirtschaftszweige ist nur auf eine außerordentlich intensive Investitionstätigkeit zurückzuführen. Erst in der Weltwirtschaftskrise wurden die Bruttoinvestitionen geringer als der Ersatzbedarf, da große Kapazitäten nicht ausgelastet waren. Die Umstrukturierung der österreichischen Wirtschaft war sicher mit einer zunehmenden Verschuldung verbunden. Daraus oder auch aus dem hohen Außenhandelsdefizit der Zwanzigerjahre auf ein Schrumpfen des Nettovermögens der österreichischen Wirtschaft zu schließen, erscheint aber doch problematisch, da ein entscheidender Teil der Importe produktiv, d.h. für Rationalisierungszwecke verwendet wurde.

zweiten Hälfte der Zwanzigerjahre ein für den zeitgenössischen Beobachter geradezu beängstigendes Ausmaß. (78) Es wurde geschätzt, daß etwa 5% der Arbeiter durch Rationalisierung jährlich erspart werden konnten. Bei einer Arbeiterschaft von etwa einer Million bedeutete das einen rechnerischen Anteil von 50.000 Arbeitern. (79) Am deutlichsten und auch zahlenmäßig besten belegt, kann der Produktivitätserfolg beim Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie nachgewiesen werden.

Lohnkosten (1924=100)	Durchschnittsverdienst in Groschen	
	1924	1927
Steinkohlenindustrie		
1927: 65%	87	109
Braunkohlenindustrie		
1927: 94%	52	111
Eisen- und Manganerzbau		
1927: 80%	63	117

Quelle: Hans Bayer, Strukturwandlungen der österreichischen Volkswirtschaft nach dem Kriege, a.a.O., S. 60

Trotz einer bedeutenden Erhöhung des Durchschnittsverdienstes war der Lohnkostenanteil an den Gesamtkosten stark gefallen.

78) Otto Bauer sprach von einer Investitionskonjunktur, die Kapazitäten schuf, die trotz steigender Löhne in keinem Verhältnis zur Nachfrage und Kaufkraft stand: "Um der Rationalisierung Willen hatte am weit über den Bedarf hinaus vergrößert." a.a.O., S.80 und 57 ff.

79) Hans Bayer, a.a.O., S. 60

Die Produktivität in diesen Wirtschaftszweigen erhöhte sich zwischen 1922 und 1929 im Bergbau um 80% und in der Eisen- und Stahlerzeugung um 115%.

Entwicklung der Arbeitsleistung

Bergbau, Förderung je Arbeiter und Schicht in kg
(Jahresdurchschnitt)

	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929
Steinkohle	403	465	529	584	733	944	960	951
Braunkohle	982	975	1045	1206	1267	1440	1594	1723
Eisenerz u. Mangan	2109	2357	2282	3345	3324	3489	3768	3619

Entwicklung der Arbeitsleistung

Eisenerzeugung in t je Arbeiter und Jahr

	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929
Roheisen	297	478	527	630	769	596	657	657
Stahl	177	219	252	349	367	341	353	369
Walz- u. Schmiedewaren und Stahlformenguß	50	57	58	91	98	96	99	96

Quelle: "Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft 1923-1932", Österreichisches Institut für Konjunkturforschung, a.a.O., S. 22

Dieser Rationalisierung kam große Bedeutung zu, da Bergbau und Eisen- und Stahlindustrie führende Sektoren in der neuen österreichischen Wirtschaftsstruktur geworden waren.

Aber auch andere Produktionszweige hatten ähnliche Erfolge

zu verzeichnen. (80) Die Produktion der Automobilindustrie war ständig im Steigen und sie begann 1926 mit der Umstellung auf Massenerzeugung und Fließbandarbeit. (81) Die Elektroindustrie profitierte von der Elektrifizierung der Bahnen und dem Ausbau der Wasserkräfte (82), die Papierindustrie nahm einen starken Aufschwung und war ein Musterbeispiel der Anpassung an die Erfordernisse des Exportes; bei der chemischen Industrie wurde durch Umstellung von Betrieben (Pulverfabriken) und Neugründungen die Lücke weitgehend aufgefüllt; die Lage in der Textilindustrie war unterschiedlich, sie konnte sich vor allem bei Strick- und Wirkwaren und in der Kunstseidenproduktion erweitern, während die Veredelungsbetriebe Rückgänge aufzuweisen hatten; die Leder- und Lederverarbeitende Industrie vermehrte ihre Kapazität (1913) bis 1928 um mehr als 100% und wohl eines der erfolgreichsten - und in der Zeit vielzitierten - Beispiele der wirtschaftlichen Anpassung Österreichs war die Zuckerindustrie, die zu Beginn der Ersten Republik kaum ins Gewicht fiel und 1929 fast den gesamten Zuckerbedarf des Landes decken konnte. Auch die österreichische Landwirtschaft hatte sich weitgehend den neuen Verhältnissen angepaßt. Durch Steigerung der Hektarerträge, also wiederum durch Rationalisierung und Produktivitätssteigerung, konnte 1929 der Inlandsbedarf an Getreide und anderen Produkten zum größten Teil gedeckt werden und die Viehzahl überschritt vielfach den Stand von 1913.

Probleme ergaben sich vor allem in der Eisen- und Metallverarbeitenden Industrie und in der Maschinenindustrie,

80) Für diesen Abschnitt wurden vor allem herangezogen: Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung 1927-1930; Hans Bayer, a.a.O.; Richard Strigl, Die Produktion Österreichs, in: Arbeit und Beruf, Wien 1926, S. 5 ff.; und Rudolf Riemer, Entwicklungstendenzen im Wirtschaftsleben Österreichs, in: Statistische Mitteilungen der Stadt Wien, 1926, 5.Sonderheft

die für Österreich überproportioniert waren, unter der Umstellung auf den Export litten und kaum die Hälfte ihrer Kapazität auslasten konnten. In einer ähnlich schlechten Lage befand sich die Möbelerzeugung, die Zementproduktion, und die Ziegelindustrie. Auch hier war der Rückgang der Erzeugung auf die Hälfte des Standes vor dem ersten Weltkrieg ein Dauerzustand und eine Wandlung in den Proportionen der volkswirtschaftlichen Struktur Österreichs.

Doch auch in den rückgängigen Industrien wurde erheblich investiert. Das beste Beispiel dafür war die österreichische Glasindustrie, die unter weitgehenden Investitionen auf etwa die Hälfte des Vorkriegsstandes (Arbeiterzahl) zusammenschrumpfte.

Diese volkswirtschaftliche Konstellation - Investitionen und Produktionserhöhung bei vorerst ungenügender Kapazitätsauslastung, eine erst spät einsetzende Konjunktur und ein steigendes Lohnniveau , spiegelte sich in einem ständig hohen Außenhandelsdefizit wider, das geradezu ein Merkmal der Wirtschaft in diesen Jahren wurde. Österreich war 1929 ein Land mit einer der höchsten Außenhandelsverflechtungen

81) Die österreichische Autoproduktion betrug 1913 bei 5.000 Beschäftigten 2.500 Einheiten und 1927 bei 12.000 Beschäftigten 7.500 Einheiten. Ebenso war der Export von 2.359 im Jahr 1920 auf 3.252 Automobilen 1927 gestiegen.

82) Die Zahl der Wasserkraftwerke verdoppelte sich etwa von 1912 bis 1930, die dort erzeugte Energie erhöhte sich um etwa 150%, "Österreichs Wirtschaft 1923-1932", a.a.O., S.18

Europas geworden, (83) wobei die Importe den Exporten weit vorseilten. Diese Unausgewogenheit des Außenhandels resultierte aus der Umstrukturierung der österreichischen Wirtschaft und war noch eine Folge der Desintegration. Die Neugestaltung der österreichischen Wirtschaft wurde daher zwangsläufig mit einer steigenden Verschuldung ans Ausland erkaufte.

Das eigentliche Charakteristikum der österreichischen Wirtschaft in der zweiten Hälfte der Zwanzigerjahre war jedoch Rationalisierung und Anpassung an die neuen Gegebenheiten. Trotz einiger Strukturschwächen - der hohen Arbeitslosigkeit, der Überkapazitäten mancher Industrien und des chronischen Außenhandelsdefizits - war 1929 aus dem wirtschaftlichen Erbe von 1918 eine Volkswirtschaft im eigentlichen Sinn geworden, die sich auch schon weitgehend konsolidiert hatte.

83) Im Jahre 1919 betrug die Einfuhr pro Kopf der Bevölkerung in der Schweiz 534, in Österreich 288, in Frankreich 233, in Deutschland 210, in der Tschechoslowakei 168, in Italien 118, in Ungarn 90, in Jugoslawien 46, in Bulgarien 44 und in Rumänien 41 Reichsmark. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1929, und Monatsberichte für des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, Wien 1936, S. 269

Österreich 1929-1933 - Die Weltwirtschaftskrise

Diese Volkswirtschaft erlebte 1929 ihr wirtschaftlich bedeutenstes und ereignisreichstes Jahr.

"Was sich sonst an politischem und ökonomischem Geschehen auf lange Perioden verteilte, wurde diesmal in wenige Monate zusammengepreßt." (84)

In den ersten acht Monaten ergab sich etwa das gleiche Bild wie 1928, ein "Stillstand auf dem erreichten höheren Niveau mit nur einzelnen Rückgangerscheinungen." (85)

Doch selbst im wirtschaftlich erfolgreichsten Jahr der Ersten Republik konnte sich Österreich der weltweiten Hochkonjunktur nur mehr bedingt anschließen. Im Gegensatz zur Weltwirtschaft hatte sich das Wirtschaftswachstum in Österreich bereits verlangsamt. Während die Industrieproduktion weltweit 1928/29 von 100 auf 107 anstieg, erhöhte sie sich in Österreich nur mehr um 2 Punkte, war aber in den zehn Jahren vorher durchschnittlich um 6,6 und von 1926 bis 1928 um 7,5 Punkte gestiegen. (86) Ähnlich verhielt sich die Situation im Bereich der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. (87) Das Bruttonationalprodukt (88) stieg 1928/29 lediglich um 1,4% an, in den Jahren 1920 bis 1928 aber durchschnittlich um 5,8%. Die Hochkonjunktur des Jahres 1929 war in Österreich daher nur eine kurze Episode, die gerade einen Sommer, von April bis August dauerte. Ihren deutlichsten Ausdruck fand sie im Sinken der Arbeitslosigkeit auf weniger als die Hälfte von Anfang des Jahres.

84) "Rückblick 1929", Neue Freie Presse, 1.1.1930

85) Monatsberichte des österreichischen Institut für Konjunkturforschung, 1930, S. 19

86) Siehe Wagenführ, a.a.O., S. 64 f.

87) "Österreichisches Volkseinkommen 1913-1963", a.a.O., S. 38

88) real, Preise von 1937

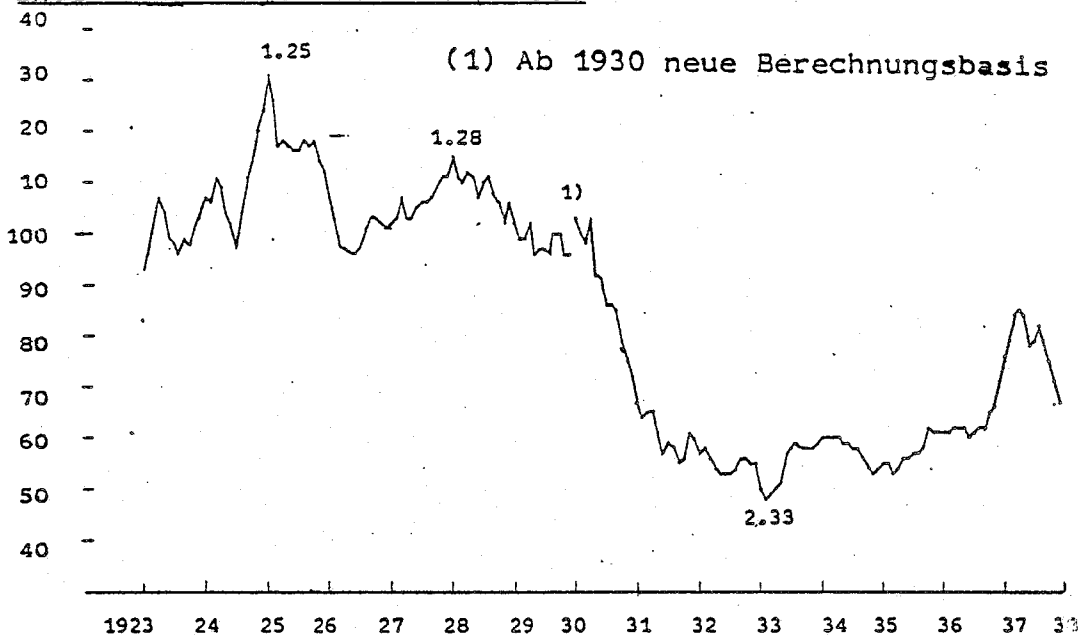
Aber bereits mitten in der Aufschwungphase ließen einzelne Konjunkturindikatoren einen Umschwung in manchen Bereichen erkennen. Auf dem Geld- und Kapitalmarkt, dem in der zeitgenössischen Konjunkturbetrachtung eine zentrale Rolle zukam, trat bereits ab Mai eine Verschlechterung ein, welche durch die seit 1927 anhaltende Stagnation an der Wiener Börse noch verstärkt wurde. In diesen beiden Bereichen sah man den "Schlüssel für die Beurteilung der nächsten Zeit" (89) und erwartete, daß "zunächst hier eine Belebung eintreten müßte, bevor man mit einer Erholung der gesamten Wirtschaft in näherer Frist rechnen" konnte. (90) Mit gleicher Besorgnis wurde auch das Sinken der Preise beobachtet, da dadurch auf den Rückgang der Nachfrage geschlossen wurde. Die vom Weltmarkt abhängigen reagiblen Preise hatten bereits 1925 ihr höchstes Niveau erreicht und begannen ab Anfang 1928 ständig zu fallen. In der zweiten Jahreshälfte schlossen sich auch die inländischen Preise für Agrarstoffe (bzw. Nahrungsmittel) und Industriestoffe der rückläufigen Bewegung an, was unter anderem zu einer Krise der Landwirtschaft führen sollte.

Auch einige Indikatoren der Produktion und des Handels erreichten bereits mitten im Aufschwung ihren Wendepunkt. Schon im Dezember 1928 überschritt der Index des allgemeinen Geschäftsgangs seinen Höhepunkt und im Januar 1929, als typischer vorausseilender Indikator, der Auftragbestand der Eisenindustrie. Ab März ging die Brennstoffversorgung der Industrie und die Produktion von Walz- und Schmiedewaren zurück und von Mai an fiel der Großhandelsindex

89) Statistische Nachrichten, 26.4.1929, S. 190

90) a.a.O.

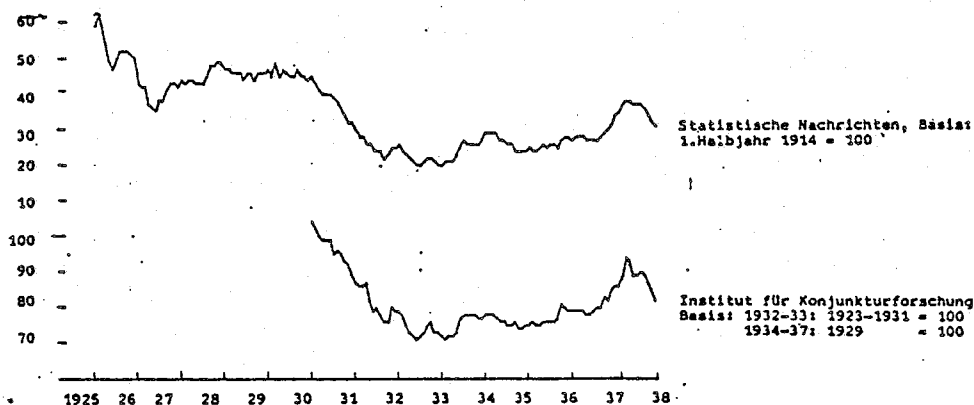
Index der realisierbaren Warenpreise



Preisindex Agrarstoffe, bzw Nahrungsmittel Inland



Preisindex Industriestoffe Inland



Quelle: Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung 1927-1938, bzw Statistische Nachrichten 1925 - 1928

Die im Sommer einsetzende Erholung wurde - für Österreich in dieser Zeit fast typisch - mit einer Bankkrise abgebrochen. Die Bodenkreditanstalt war der Lage, die durch Angstabzüge und die Verweigerung weiterer Barmittel seitens der Nationalbank entstanden war, nicht mehr gewachsen. (91) Der Zusammenbruch führte zu einem "run" auf die Banken, zur Kündigung von Spareinlagen und zum Kauf fremder Valuten. In diesen Monaten, im August, September und Oktober trat der Wirtschaftsumschwung entgültig ein. In dieser Zeit begann sich die Arbeitslosigkeit, die Zahl der Insolvenzen, die Exporte und die Produktion von Rohstahl und Eisen zu verschlechtern. Ab Oktober 1929 bestand an einer Depression kein Zweifel mehr.

Die große Krise von 1929 mag den "Autoritäten amerikanischer Wirtschaftspraxis und -theorie" auf den Kopf gefallen sein, "wie ein Ziegelstein." (92). Für Österreich kann man das nicht sagen. Die Weltwirtschaftskrise wurde in Wien durchaus als solche und auch rechtzeitig erkannt. "Die Entwicklung der drei Kurven im Laufe dieses Jahres gibt im wesentlichen ein Bildzunehmender Depression." (93) berichtete das Österreichische Institut für Konjunkturforschung 1930 "sowohl das starke Sinken der Kurve des Effektenmarktes als auch die erst seither eingetretene Senkung der Kurve des Warenmarktes und schließlich auch das außerordentlich starke Ansteigen des Geldmarktes, die erst vor wenigen Monaten ihren Höhepunkt erreicht hat, entsprechen durchaus dem normalen Verlauf im Zeitraum einer einsetzenden Depression." (94)

91) "Österreichs Wirtschaft 1923-1932", a.a.O., S. 5

92) Paul Scheffer, Berliner Tagblatt 16.4.1931; zitiert bei: Ernst Wagemann, a.a.O., S. 172

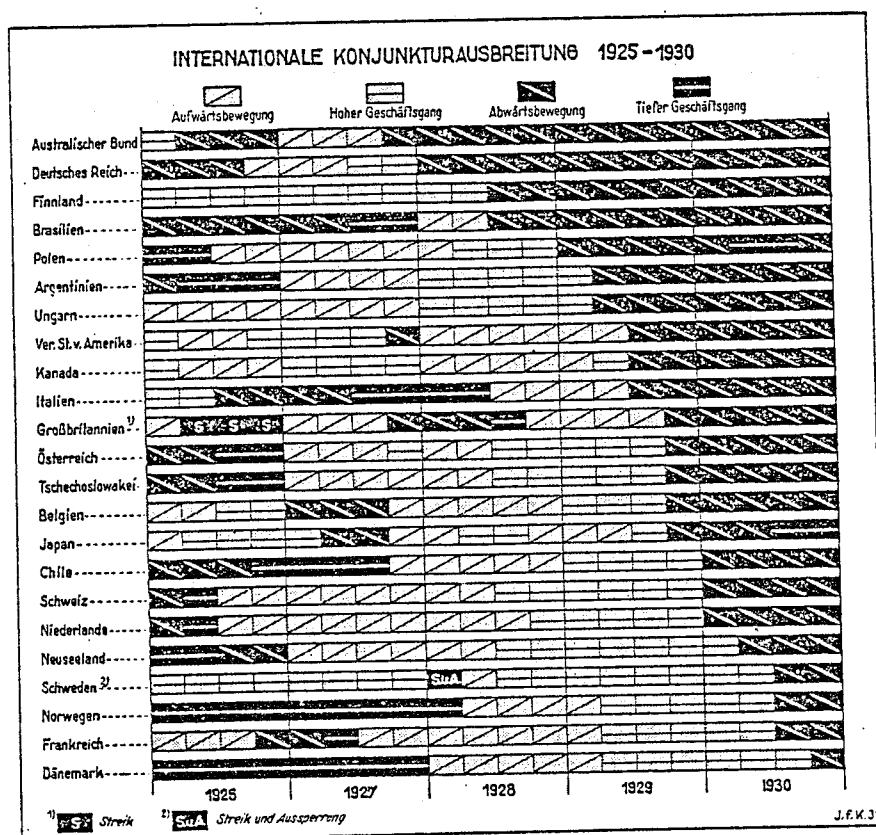
93) Monatsberichte des österr. Instituts für Konjunkturforschung, 1930, S. 212; mit den drei Kurven ist das Drei-Märkte-Barometer angesprochen, siehe Fußnote 95

Der Beginn der Weltwirtschaftskrise in Österreich
Wendepunkte der Konjunkturindikatoren

	Monat/Jahr
Kursindex Industrieaktien	10/1927
Index der reagiblen Warenpreise	1/1928
Gerichtlich eingeleitete Ausgleiche	8/1928
Index des allgemeinen Geschäftsgangs	12/1928
Auftragsbestand Eisenindustrie	1/1929
Produktion Walz- und Schmiedewaren	3/1929
Beschäftigung in der Rohstahlproduktion	3/1929
Brennstoffversorgung Industrie	3/1929
Brennstoffversorgung Verkehr	3/1929
Preisindex Agrarstoffe Inland	5/1929
Eisenerzförderung	7/1929
Produktionsindex	8/1929
Unterstützte Arbeitslose	8/1929
Produktionsgüterindex	8/1929
Verbrauchsgüterindex	8/1929
Konkurse	9/1929
Rohstahl- und Eisenproduktion	9/1929
Ausfuhren insgesamt	9/1929
Fertigwarenexporte	9/1929
Preisindex Industriestoffe Inland	9/1929
Betriebsleistung der Bundesbahn	
Nutzlasttonnenkilometer der Güterzüge	10/1929
Braunkohleförderung	10/1929
Giroumsätze	10/1929
Insolvenzen insgesamt	10/1929
Importe insgesamt	12/1929
In Wien ausbezahlte Lohn- und Gehaltsumme	12/1929
Öffentliche Einnahmen	1/1930

Quelle: Berechnet nach: Statistische Nachrichten, 1928-1931
und Monatsberichte des österreichischen Instituts
für Konjunkturforschung, 1928-1931

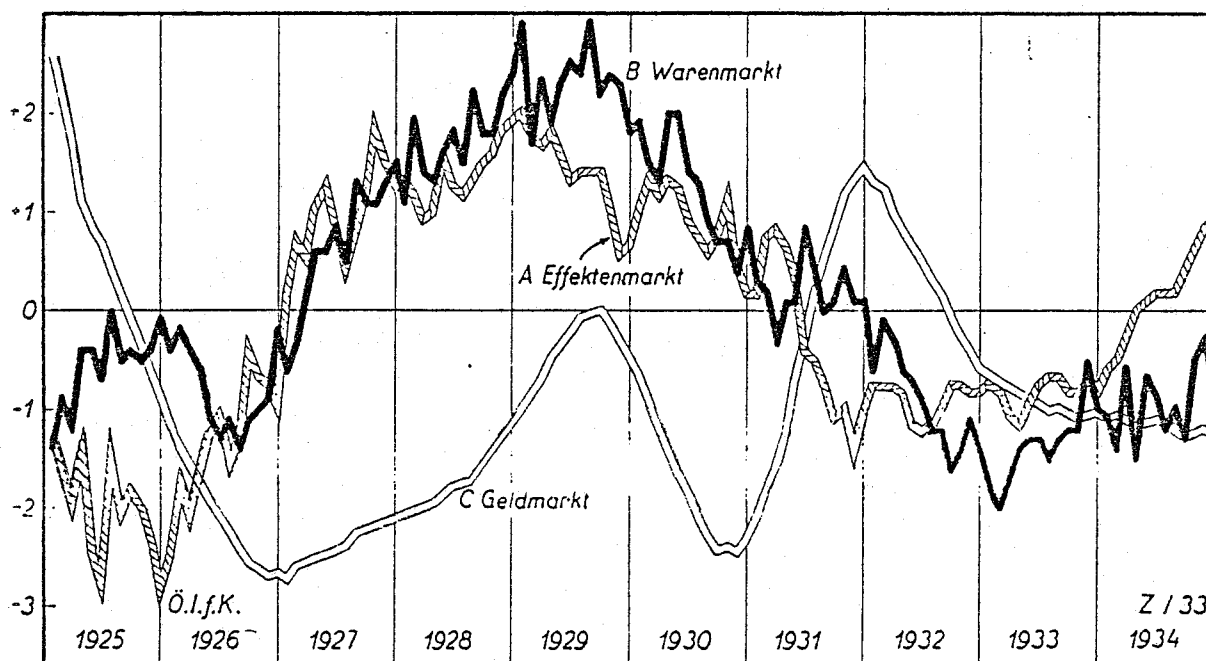
Stellung Österreichs am Beginn der Weltwirtschaftskrise:



Quelle: Wagemann, a.a.O., S. 301

Was aber - wie in anderen Ländern auch - nicht erkannt wurde, war die Dauer und das Ausmaß der Krise. Hier versagte der österreichische Drei-Märkte-Barometer (95) ebenso wie der in den Vereinigten Staaten "zu trauriger Berühmtheit gelangte Harvard-Barometer" (96). So prognostizierte die österreichische Konjunkturforschung für das Jahr 1930: "Die Tatsache jedoch, daß die Kurve des Geldmarktes ihren Höhepunkt bereits überschritten und in jüngster Zeit auch die Effektenmarktkurve ihre Aufwärtsbewegung nicht mehr fortgesetzt hat, läßt die Aussichten für das nächste Jahr jedoch heuer eher günstiger erscheinen, als dies vor einem Jahr der Fall war." (97) und man hoffte, daß "die österreichische Wirtschaft durch die Depressionsperiode der europäischen Wirtschaft, die vielleicht ihren Tiefpunkt schon überschritten hat, bis zu ihrem Ende durchhält ohne selbst einen weiteren Rückschlag zu erfahren." (98)

„Drei-Märkte-Barometer“ Österreichs



Quelle: Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1935, S. 57

Man nahm an, daß mit Ende des Jahres 1929 der Tiefpunkt der Abwärtsbewegung so ziemlich erreicht war und rechnete bis zum Sommer 1930 "zunächst mit einer Fortdauer der Depression mit leicht aufwärts gerichteter Tendenz und im Frühjahr wahrscheinlich mit einer sehr langsamen Besserung" (99) Die Entwicklung des Jahres 1930 wurde daher "in Übereinstimmung mit dem erfahrungsgemäßen Verlauf der Konjunkturwellen" gesehen, "wie überhaupt gesagt werden muß, daß der Verlauf der Erscheinungen im Jahr 1930 durchaus die normalen Züge des ersten Jahres nach einer Krise zeigt." (100)

-
- 95) Der Drei-Märkte-Barometer Österreichs baute auf dem Harvard-Barometer auf, der zwar in seiner Grundform für die Prognose noch heute von Bedeutung ist, im entscheidenden Moment - anlässlich des Ausbruchs der Weltwirtschaftskrise - jedoch versagte. Das Harvard-Barometer stützte sich auf die Erfahrungen der letzten zwölf Jahre vor dem Ersten Weltkrieg und ging davon aus, daß "sich der Konjunkturzyklus nicht in allen Wirtschaftsbereichen simultan abwickelt, sondern daß typische, zeitlich gegeneinander verschobene Zyklen unterschieden werden können. Gemäß diesem Normalbild trat die Konjunkturumkehr zuerst am Effektenmarkt auf, erfaßte dann den Warenmarkt und erst in weiterer Folge den Geldmarkt. (Vgl. Kurt W. Rothschild, Wirtschaftsprognosen, New York, 1969, S. 63 f.) "Die Konjunkturprognose des Harvardbarometers stützte sich im wesentlichen auf den Versuch, aus der relativen Stellung der Kurven zueinander den weiteren Konjunkturverlauf abzulesen" Die Anwendbarkeit des Barometers wurde vom österreichischen Institut für Konjunkturforschung allerdings mit einiger Skepsis betrachtet: "Aus der Tatsache, daß sich in der abgelaufenen Periode das Drei-Märkte-Barometer auch für Österreich so ziemlich bewährt hat, wird man freilich nicht den Schluß ziehen dürfen, daß es auch in Zukunft bei den verwickelten, hier bestehenden Verhältnissen zu einer schematischen Grundlage der Konjunkturprognose verwendet werden dürfte." (Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1928, S. 189; siehe auch Einleitungsheft, a.a.O., 1927, S. 16
- 96) Kurt W. Rothschild, Wirtschaftsprognosen, a.a.O., S. 63
- 97) Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1929, S. 158
- 98) a.a.O.

Die Wirtschaftstheorie der Zwanzigerjahre, die den Konjunkturverlauf weitgehend auf monetäre und finanzielle Veränderungen zurückführte, bei der "nach überwiegender Meinung die wichtigsten Ursachen im Gebiet des Geld- und Kreditwesens zu suchen" waren (101) und die der Bankpolitik, insbesondere der Zentralnotenbanken einen starken Einfluß auf den Konjunkturverlauf zusprach, bestätigte das Institut für Konjunkturforschung in seiner Haltung.

Sowohl das Übergreifen der Krise von der Produktions- auf die Konsumgütersphäre, als auch die Stellung des Drei-Märkte-Barometers entsprach dieser Auffassung. Wichtig war demnach vor allem, daß das Jahr 1930 "eine weitgehende Entspannung auf dem Geldmarkt brachte." (102) Die Diskontsätze in den wichtigsten Ländern sanken und eine leichte aber deutliche Besserung auf dem Effektenmarkt in den ersten Monaten des Jahres 1930 sollte ein weiteres Symptom für eine baldige Entspannung sein. Es hatte den Anschein, "als wollte sich eine Belebung der Weltkonjunktur ankündigen." (103)

Diese Einstellung wurde auch von der Öffentlichkeit, der Presse und der Regierung übernommen. (104) Gedämpfter Optimismus war die wirtschaftliche Grundhaltung des Jahres 1930, nicht nur in Österreich. Speziell in den Vereinigten Staaten wiesen die Wirtschaftsprognostiker "die Gefahr einer

99.) Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1930, S. 19

100) a.a.O., S. 24

101) a.a.O., Einleitungsheft, 1927, S. 3

102) a.a.O., 1932, S. 19

103) a.a.O.

104) Siehe etwa: Bundeskanzler Dr. Schober über Zollpolitik und Arbeitslosigkeit, Neue Freie Presse, 28.2.1930 oder etwa Bundeskanzler Ender noch 1931: "Die Geschichte lehrt, daß Perioden ungünstiger Konjunktur stets auch die Erholung gefolgt ist. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so dürfen wir erwarten, daß wir den Tiefpunkt der wirtschaftl. Depression bereits überwunden haben." Steno. Protokolle des Nationalrats, 21. Sitzung, 6. März 1931, S. 668

Krise namentlich unter Hinweis auf die gewaltige Finanzkraft des Landes weit von sich"(105)

Der ehemalige englische Premier-Minister Lloyd-George bemerkte noch im August 1930: "Ich habe bei Männern der Wirtschaft in Amerika ein deutliches Widerstreben bemerkt, zuzugeben, daß sich überhaupt etwas Ernstes ereignet habe. Einige behaupten sogar, der Zusammenbruch übe einen günstigen Einfluß aus und werde künftig die Dinge auf eine gesündere Grundlage stellen...Sie scheinen der Ansicht zu sein, daß die Wirtschaftsdepression, so schmerzlich sie sei, nur kurz dauern werde." (106) J.M.Keynes stellte in diesem Jahr fest, "Wir leiden an einem argen Anfall von wirtschaftlichem Pessimismus. Ich glaube, daß schon in ein paar Jahren, niemand eine traurigere Rolle spielen wird, als die ökonomischen Pessimisten." (107). Und der Altmeister der französischen Nationalökonomie, Charles Gide, führte aus: "Es handelt sich einfach um einen Spekulationskrach, dessen Eintreffen vorauszusehen war...Jede solche Krise ist ein Wirbelwind, bestimmt, die durch die Spekulation überhitzte Luft abzukühlen. Eine Menge Spekulanten verliert ein Vermögen, eine andere Menge gewinnt ein Vermögen. Dann verzieht sich das Gewitter ebenso rasch, wie es heraufgezogen ist." (108)

105) Ernst Wagemann, a.a.O., S. 303

106) David Lloyd-George, Die Weltkrankheit der Arbeitslosigkeit, Neue Freie Presse, 30.8.1930

107) J.M.Keynes, Wohin steuert die Wirtschaft, Neue Freie Presse, 29.6.1930

108) Charles Gide, Die Rückwirkungen der Newyorker Börsenkrise, Neue Freie Presse, 10.1.1930

Rudolf Hilferding schließlich faßte die allgemein herrschende Konjunkturerwartung zusammen: "Wir werden für das Jahr 1930 mit einer Fortdauer der Depression rechnen müssen, und erst am Ende des Jahres oder im Frühjahr 1931 eine Besserung im internationalen Handel und in der Industrie erwarten dürfen." (109)

Diese Hoffnung fand ein rasches Ende.

Die Krise der Credit-Anstalt, die im Mai 1931 bekannt wurde und in deren Interessenkreis ein bedeutender Teil der österreichischen Industrie stand (110), "zerstörte nicht nur diese Ansätze, sondern löste weit über die Grenzen Österreichs hinaus Erscheinungen aus, die die psychologischen Grundlagen einer baldigen Besserung auf lange Zeit zerstörten." (111) Österreich lieferte damit einen entscheidenden Beitrag zur Weltwirtschaftskrise. Es war nun klar geworden, daß die Krise keineswegs den normalen Verlauf nahm, wie es noch 1930 geheißen hatte (112) , daß sie mit den üblichen Maßstäben nicht gemessen und mit der vorhandenen Theorie nicht erklärt werden konnte. Entsprechend dramatisch waren auch die Formulierungen der Wirtschaftsstatistiker und Konjunkturforscher: "Das Jahr 1931 war eines der krisenhaftesten der Weltgeschichte." (113) "Seit dem Bestand der Republik Österreich ist kein Jahr so lebhafter wirtschaftlicher Er-

109) Rudolf Hilferding, Ungünstige Wirtschaftsaussichten, Neue Freie Presse, 29.6.1930

110) Der von der Credit-Anstalt kontrollierte Anteil an der Industrie Österreichs wurde mit 60% geschätzt, ist aber nicht genau anzugeben. Vgl. Die Kreditwirtschaft in Österreich und im Altreich, in: Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1938, S.139

111) "Österreichs Wirtschaft 1923-1932", a.a.O., S. 6

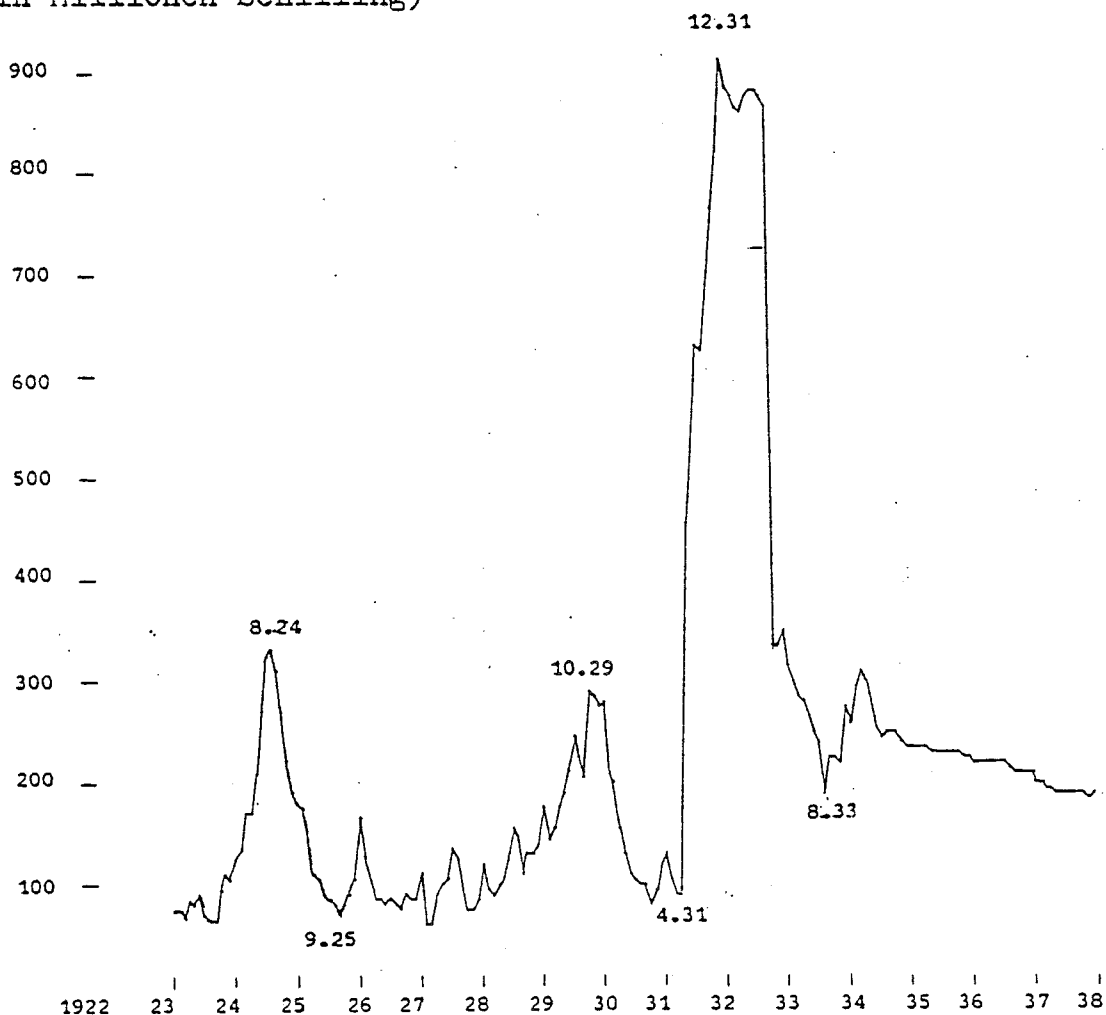
112) Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1930, S. 212

113) Statistische Nachrichten, 1932, S. 28

ereignisse zu verzeichnen gewesen, wie das Jahr 1931.
Die Erschütterungen, die die Weltwirtschaftskrise mit sich
brachte rüttelten an den Grundfesten der Wirtschaft." (114)
Und die Neue Freie Presse schrieb: "Ein Jahr ist vorrüber-
gegangen, welches der österreichischen Wirtschaft Ent-
täuschungen und harte Verluste brachte. Ansätze zu einer
Besserung, die unleugbar gegeben waren, sind versandet." (115)

Der Zusammenbruch der Credit-Anstalt brachte zunächst die
Notenbank in Schwierigkeiten.

Eskontierte Wechsel der österreichischen Nationalbank
(in Millionen Schilling)



Quelle: Statistische Nachrichten, 1923 bis 1938, 1923-1930
Stand 7. des Monats, 1931-1937 Stand Ende des Monats

Während in den ersten Monaten des Jahres 1931, wie im vorangegangenen Jahr, kurzfristige ausländische Kredite reichhaltig angeboten wurden und die Wirtschaft die Kredithilfe der Nationalbank nur in sehr beschränktem Maß in Anspruch nahm, erhöhte sich der Bankausweis 1931 von 70 Millionen Schilling im Mai auf 475 Millionen im Juni und erreichte im Januar 1932 mit 880 Millionen Schilling einen absoluten Höhepunkt.

Mit dem Bekanntwerden der Schwierigkeiten der Credit-Anstalt kam es zum Abziehen ausländischer Kredite in großem Maß (116), und zu einer Kapitalflucht, einer Umwandlung inländischer Guthaben in ausländische. Die Bankkrise führte zur Währungskrise. Die Währungsreserven der Nationalbank schmolzen von 513 auf 41 Mio Schilling zusammen. (117) Das Deckungsverhältnis, das vor der Credit-Anstalt-Krise 83% betragen hatte, hielt sich Ende 1931 mit 24% schon hart an der Mindestgrenze und sank noch weiter. Der Schilling erlitt eine 20%ige Entwertung. (118)

Sprach man im Jahr 1931 von "einem der krisenhaftesten der Weltgeschichte" (119) so wurden die Formulierungen 1932 noch drastischer: "Es darf mit vollem Recht behauptet werden,

114) Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1932, S. 17

115) Rückblick 1930, Neue Freie Presse, 1.1.1931

116) Der Umfang der Kreditabzüge läßt sich ziffernmäßig leider kaum feststellen. Vgl. Monatsberichte des österr. Instituts für Konjunkturforschung, 1932, S. 17

117) Statistische Nachrichten, 1932, S. 25

118) "Österreichs Wirtschaft 1923-1932", a.a.O.,

119) Statistische Nachrichten, 1932, S. 28

daß das vergangene Jahr zu einer Art Demaskierung geführt hat, die auf zahlreichen Gebieten des Wirtschaftslebens zu verzeichnen war." (120) Damit wurde auf das völlige Versagen der staatlichen Wirtschaftspolitik und auf den Schrumpfungsprozeß angespielt, der auf allen Gebieten der Wirtschaft mit unverminderter Schärfe bis zum Winter 1932/33 vor sich ging.

Der Druck der Wirtschaftskrise lastete auf allen wirtschaftlichen Bereichen. Produktion und Absatz gingen in einem bisher nicht gekannten Ausmaß zurück und die Arbeitslosigkeit stieg Anfang 1933 auf etwa eine halbe Million statistisch erfaßbarer Arbeitsloser. In Österreich bezogen damit etwa 17% der Arbeitnehmer eine Arbeitslosenunterstützung. (121) Besonders hart betroffen war die Produktionsgüterindustrie, und hier vor allem die Eisen- und Stahlerzeugung, die in den ersten Monaten des Jahres 1933 ihre Produktion praktisch völlig einstellte. Andere Bereiche, wie etwa die Textilindustrie und die Papierindustrie konnten sich in der Krise besser behaupten, mußten aber auch einen Produktionsrückgang von mehr als einem Drittel hinnehmen. Ganz allgemein machte die Verbrauchsgüterindustrie im Verhältnis zur Produktionsgüterindustrie die Veränderung langsamer mit. (122) Während die beiden Reihen im August 1929 noch annähernd beisammen lagen, waren die Verbrauchsgüter im Februar 1933 auf 81, die Produktionsgüter aber auf 57 Punkte gefallen.

120) Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1933, S. 15

121) Bezogen auf die Volkszählung 1934

122) Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1933, S. 21

Der Index der Erzeugung von Produktionsgütern
1929 = 100

Jahr	Österreich	Deutschland	USA
1929	100,0	100,0	100,0
1930	80,8	81,6	72,6
1931	64,2	52,6	48,2
1932	57,6	34,4	27,6
1933	56,8	43,6	41,2
1934	63,1	72,6	46,5
1935	69,9	99,4	63,2
1936	74,1	113,2	82,1

Quelle: Vierteljahresberichte der Abteilung für Volkswirtschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien, 1937, Heft 2, S.66; Deutschland ab 1935 mit Saarland.

Der Index der Erzeugung von Verbrauchsgütern
1929 = 100

Jahr	Österreich	Deutschland	USA
1929	100,0	100,0	100,0
1930	98,1	94,0	86,8
1931	93,6	89,2	85,2
1932	78,8	76,3	75,9
1933	69,3	82,6	84,2
1934	66,9	92,4	83,4
1935	70,2	88,2	87,6
1936	66,2	98,7	94,5

Quelle: a.a.O.

Der allgemeine Index der industriellen Produktion
Durchschnitt für die Jahre 1926 bis 1936, 1929 = 100

Jahr	Österr.	Deutschl.	Frankreich	Großbr.	USA
1929	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1930	84,9	85,9	100,4	92,3	80,7
1931	74,3	67,6	88,9	83,8	68,1
1932	65,0	53,3	68,8	83,5	53,8
1933	66,4	60,7	76,6	88,2	63,9
1934	72,0	79,8	71,0	98,8	66,4
1935	79,5	94,1	67,4	105,7	75,6
1936	86,0	106,3	70,3	116,1	88,1

Quelle: a.a.O. und: Bulletin Mensuel de Statistique, Völkerbund, Genf. Deutschland ab 1935 mit Saarland. Die Originalzahlen erscheinen umgerechnet auf die Basis 1929= 100

Der Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise in Österreich
Wendepunkte der Konjunkturindikatoren

	Monat/Jahr
Preisindex Agrarstoffe Inland	1/1931
Gerichtlich eingeleitete Ausgleiche	1/1932
Betriebsleistung der Bundesbahn	
Nutzlasttonnenkilometer der Güterzüge	2/1932
Insolvenzen insgesamt	3/1932
Index der reagiblen Warenpreise	5/1932
Preisindex Industriestoffe Inland	6/1932
Auftragbestand Baumwollspinnereien	6/1932
Konkurse	7/1932
Produktion Walz- und Schmiedewaren	9/1932
Auftragbestand Eisenindustrie	11/1932
Rohstahlproduktion	12/1932
Produktionsindex	1/1933
Beschäftigung in der Rohstahlproduktion	1/1933
Eisenerzförderung	1/1933
Roheisenproduktion	1/1933
Ausfuhren insgesamt	1/1933
Fertigwarenexporte	1/1933
In Wien ausbezahlte Lohn- und Gehaltssumme	1/1933
Produktionsgüterindex	2/1933
Index des allgemeinen Geschäftsgangs	2/1933
Unterstützte Arbeitslose	2/1933
Importe insgesamt	2/1933
Brennstoffversorgung Verkehr	4/1933
Brennstoffversorgung Industrie	6/1933
Außenhandelsvolumen	8/1933
Kursindex Industrieaktien	12/1933
Braunkohleförderung	5/1934
Verbrauchsgüterindex	9/1934
Giroumsätze	2/1935

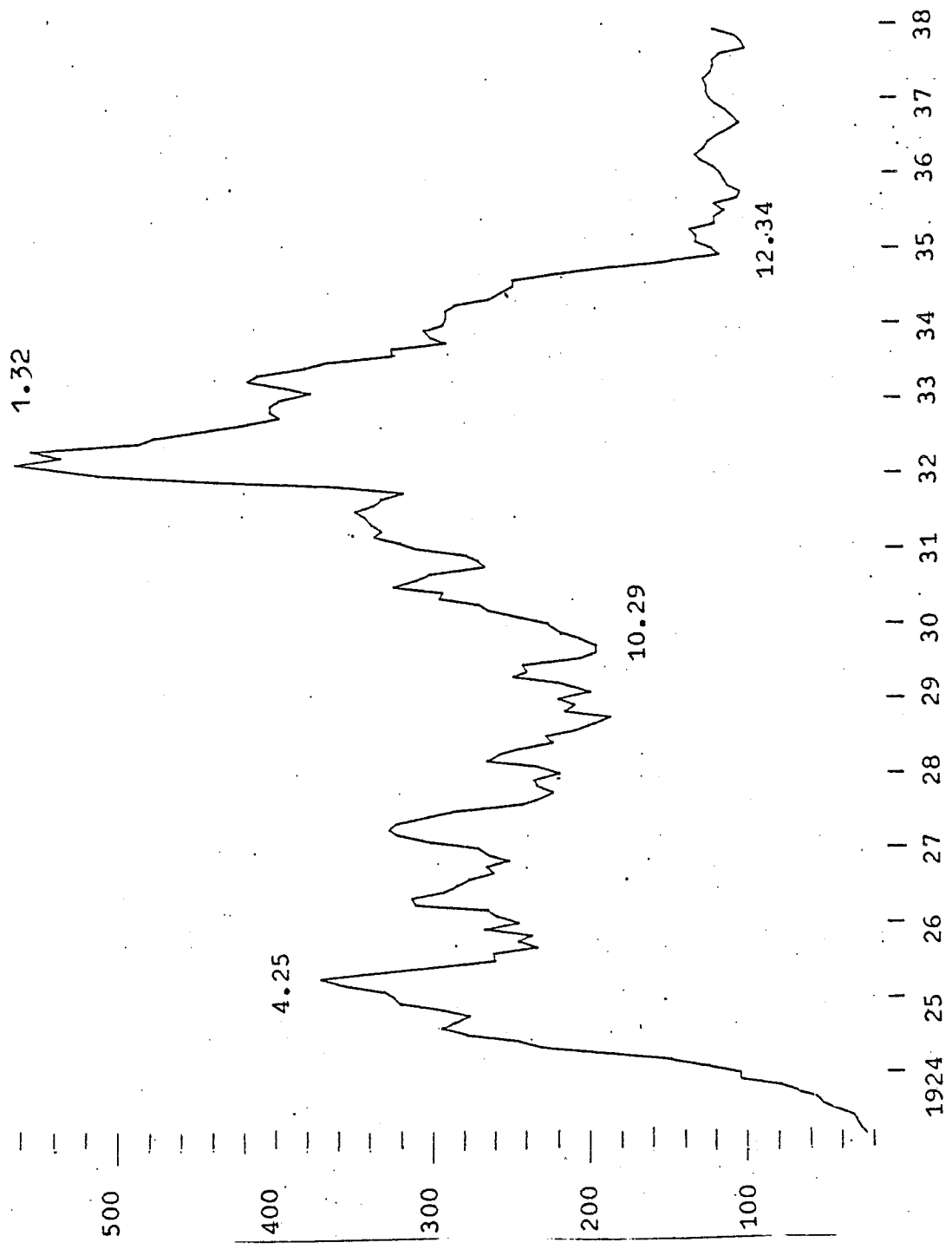
Quelle: Berechnet nach: Statistische Nachrichten, 1932-1936
und Monatsberichte des österreichischen Instituts
für Konjunkturforschung, 1932-1936

Ausmaß der Weltwirtschaftskrise in Österreich
Stand der Konjunkturindikatoren am Höhepunkt der
Depression im Verhältnis (%) zum besten Wert am Beginn
der Weltwirtschaftskrise

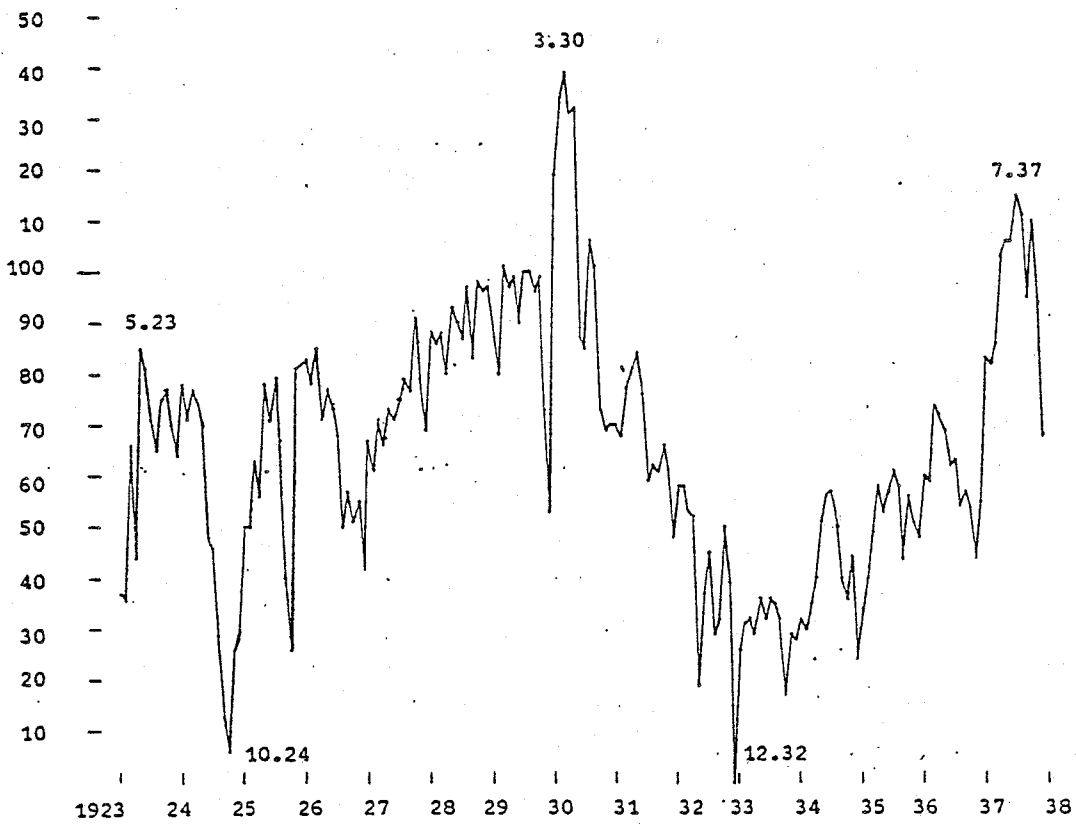
Index des allgemeinen Geschäftsgangs	55%
Produktionsindex	55%
Produktionsgüterindex	46%
Verbrauchsgüterindex	65%
Rohstahlproduktion	0%
Roheisenproduktion	0%
Erzeugung von Walzwaren	6%
Eisenerzförderung	0%
Braunkohleförderung	57%
Auftragbestand Eisenindustrie	6%
Beschäftigung Rohstahlproduktion	0%
Produktion Papierindustrie	68%
Beschäftigung Textilindustrie	52%
Brennstoffversorgung Industrie	42%
Brennstoffversorgung Verkehr	33%
Betriebsleistung der Bundesbahn	
Nutzlasttonnenkilometer der Güterzüge	43%
Außenhandelsvolumen	23%
Ausfuhren insgesamt	23%
Fertigwarenexporte	20%
Importe insgesamt	24%
Einkommen der Steuerpflichtigen	74%
Steueraufkommen der Selbstzahler	46%
In Wien ausbezahlte Lohn- und Gehaltssumme	43%
Insolvenzen insgesamt	374%
Konkurse	300%
Gerichtlich eingeleitete Ausgleichs-	418%
Unterstützte Arbeitslose	390%
Giroumsätze	39%
Kursindex Industrieaktien	30%
Preisindex Agrarstoffe Inland	74%
Preisindex Industriestoffe Inland	68%
Index der reagiblen Warenpreise	46%

Quelle: Berechnet nach: Statistische Nachrichten, 1928-1936
und Monatsberichte des österreichischen Instituts
für Konjunkturforschung, 1928-1936

Stand der Insolvenzen 1924 bis 1937
monatlich , Konkurs plus Ausgleich, gleitende Dreimonatsdurchschnitte
berechnet nach den Werten der Statistischen Nachrichten 1924-1938

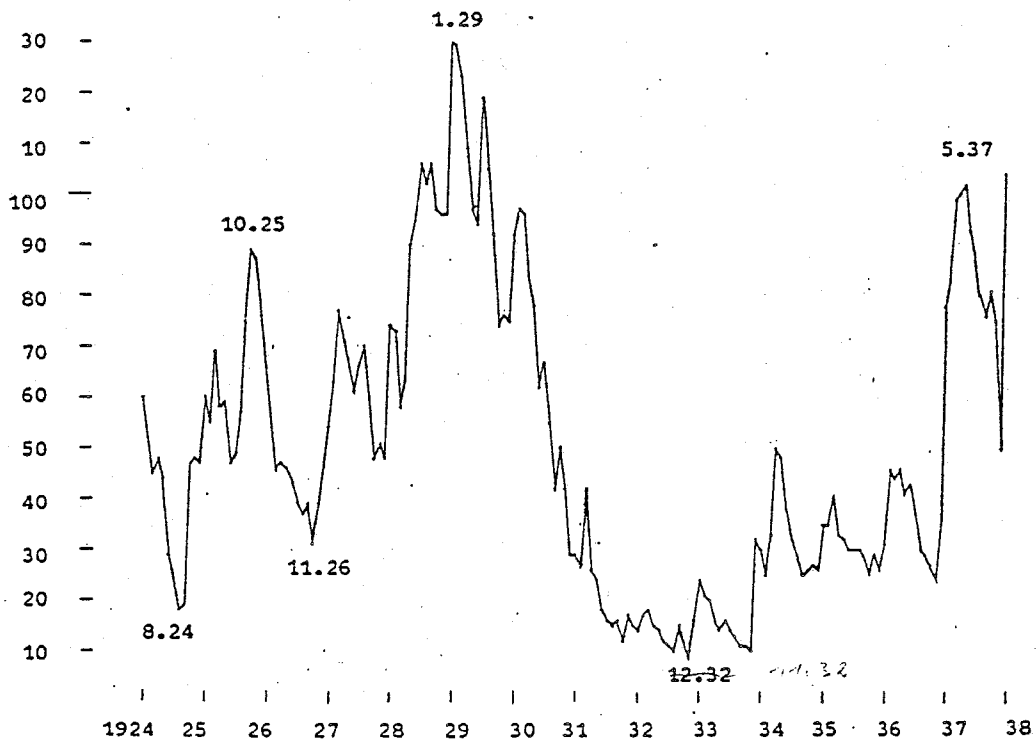


Rohstahlproduktion in % der Vollbeschäftigung



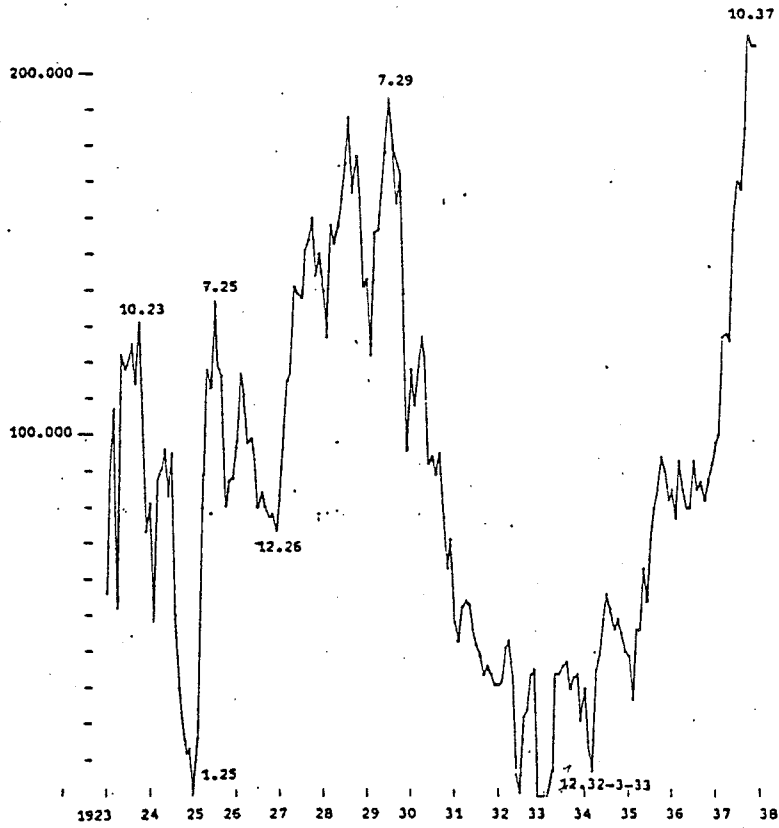
Quelle: Monatsberichte, a.a.O., 1927-38,

Auftragsbestand der Eisenindustrie in Prozent des Normalstandes

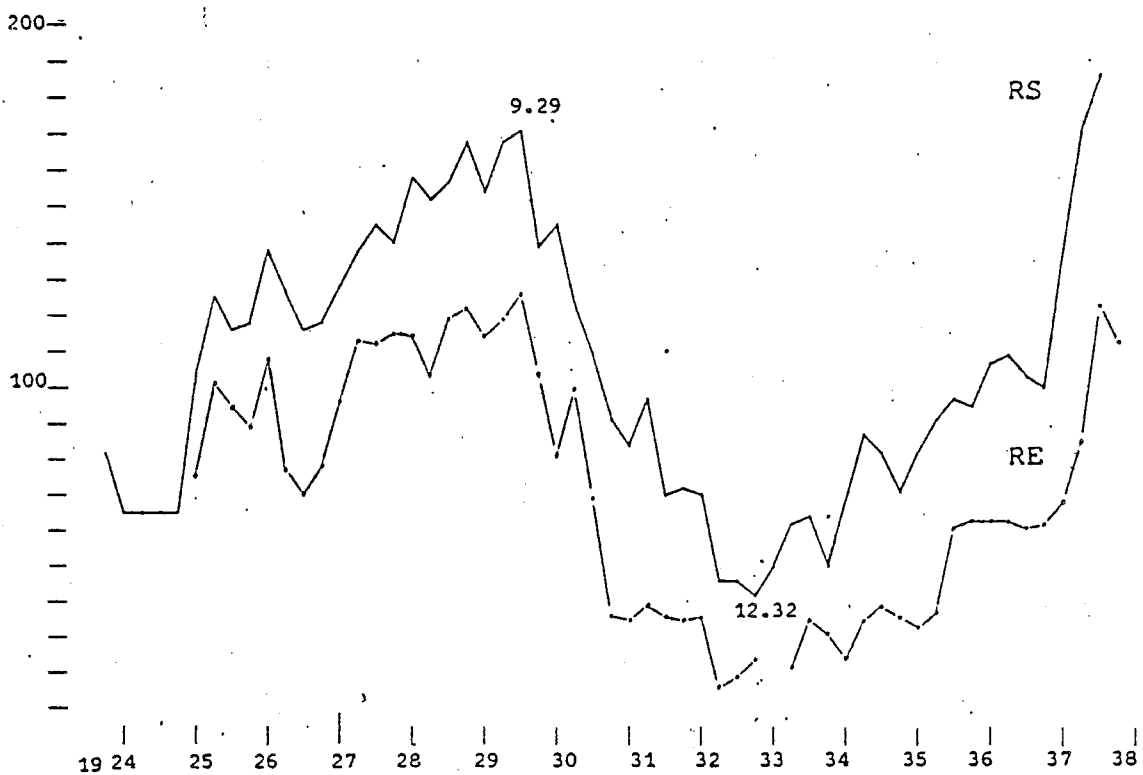


Quelle: Monatsberichte, a.a.O., 1927-38

Österreichs Eisenerzförderung 1923-1937 (in Tonnen)



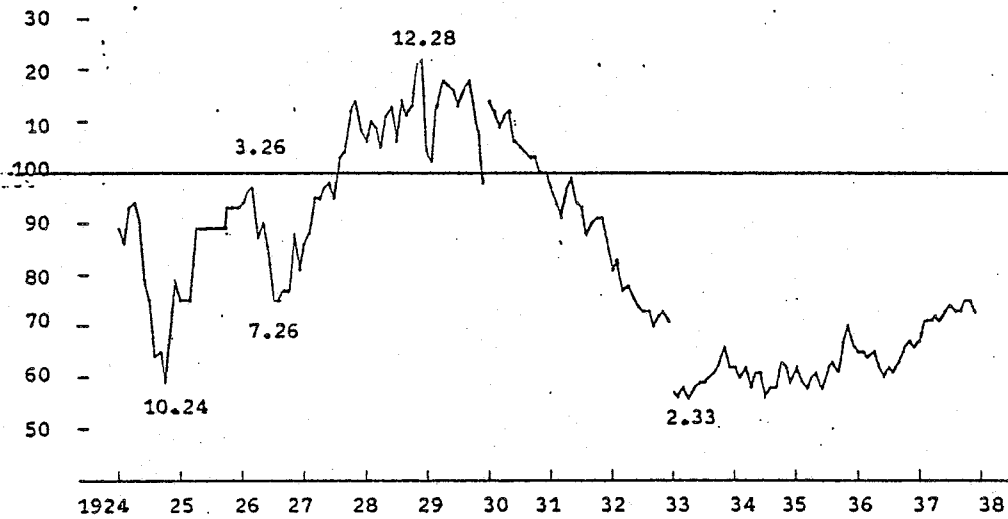
Österreichs Rohstahl und -eisenerzeugung (in 1000 Tonnen)



RS = Rohstahl, RE = Roheisen

Quelle: Statistische Nachrichten 1923-1938

Index des allgemeinen Geschäftsgangs



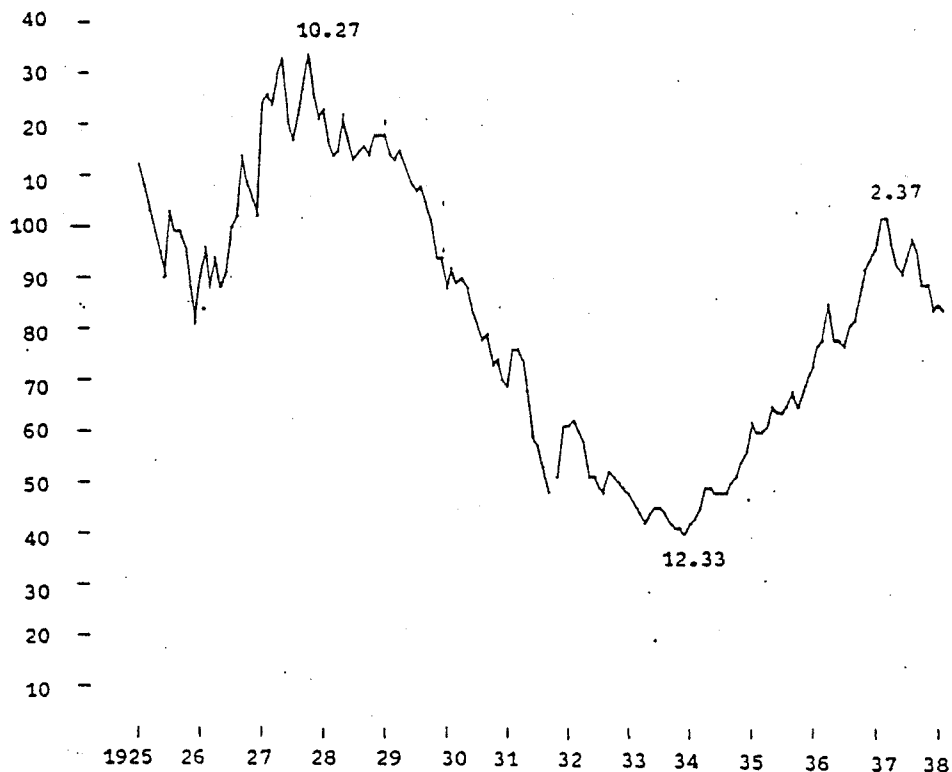
Quelle: Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1927-38. Basis: 1924-1929: 1927=100
1930-32: 1923-31=100, 1933-37: 1929=100

Produktionsindex



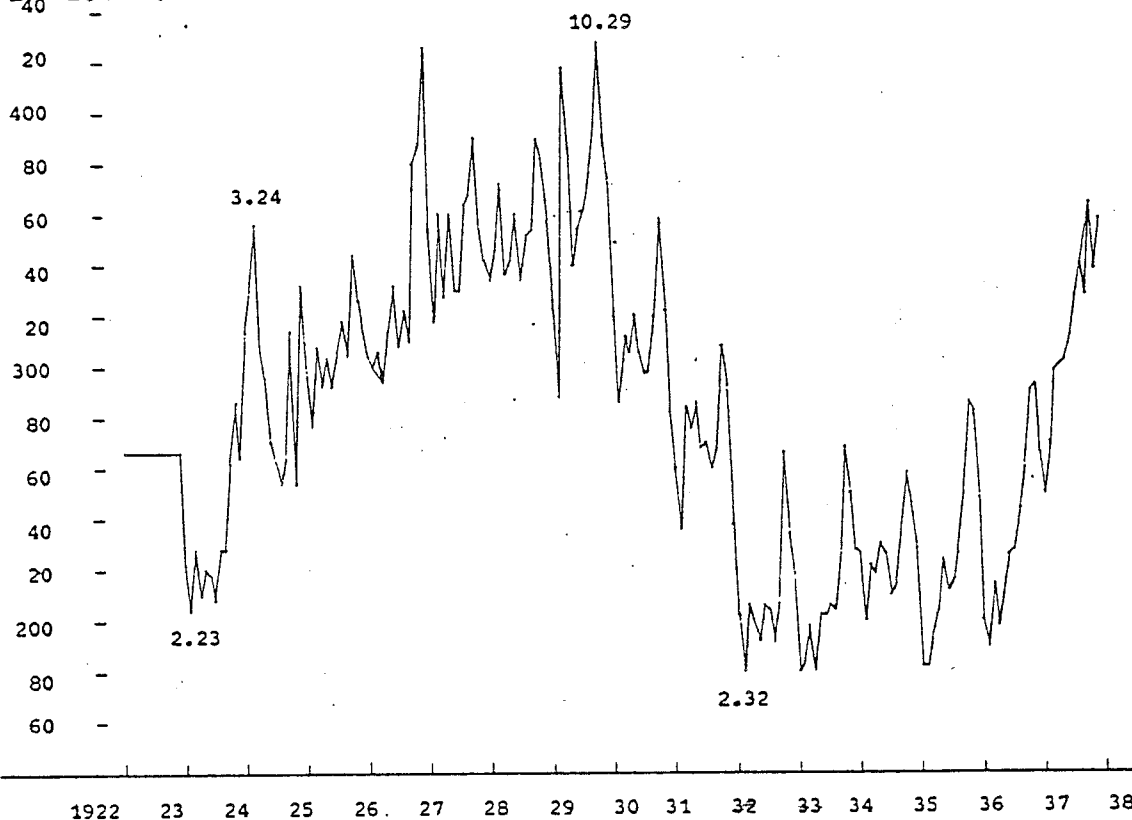
Quelle: Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung 1932-38, Basis: 1929=100

Kursindex Industriek Aktien (Österr.Inst.Konjunkturforschung)



Quelle: Monatsberichte, a.a.O., 1925-38, Basis: 1925-1929, 21 Industriek Aktien, 1926=100; 1930-32, 35 Industriek Aktien, 1923-32=100; 1933-37, 1929=100

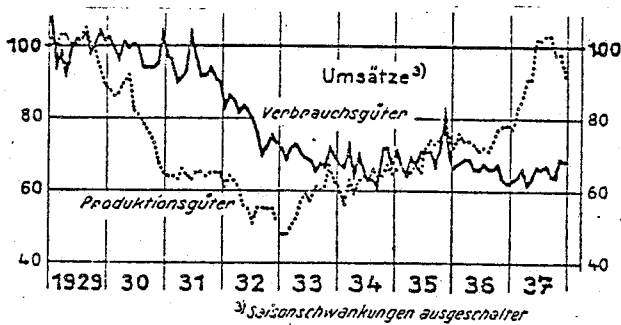
Betriebsleistung der Bundesbahn (Nutzlasttonnengüterkilometer in 1.000)



Quelle: Statistische Nachrichten 1922-38

Eine solche Verschiebung war zwar "nicht anders zu erwarten" (123), wie die österreichischen Konjunkturforscher feststellten, der Verlauf der beiden Indices gestaltete sich aber dennoch unterschiedlich zu dem der meisten anderen Länder.

Verbrauchsgüter- und Produktionsindex
1929 = 100



Quelle: Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1938, S. 78
Der Index der Produktion und der Umsätze können nur bedingt miteinander verglichen werden (Lagerhaltung, Import, Export, etc.) sie wiesen aber die gleiche Entwicklungsrichtung, den gleichen Trend auf und werden verwendet, da für die Produktion keine Monatswerte zur Verfügung stehen.

Ein Vergleich mit Deutschland oder den USA machte deutlich, daß die Produktionsgütererzeugung in Österreich bis zum Jahr 1933 langsamer zurückging, als in den beiden anderen Ländern, diese aber bereits 1932 ihren Tiefpunkt erreicht hatten. Noch deutlicher ausgeprägt war diese Entwicklung in der Verbrauchsgütererzeugung. Der Index für Österreich ging auch hier langsamer zurück als in den beiden anderen Ländern, in denen wiederum 1932 das schlechteste Jahr darstellte, während die Verbrauchsgütererzeugung in Österreich noch zwei weitere Jahre, bis 1934 rückgängig war.

123) Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1932, S. 21

Dies bietet einen Anhaltspunkt für die These, daß die Weltwirtschaftskrise die österreichische Wirtschaft zwar nicht härter, aber nachhaltiger traf, als viele andere Länder. Weltweit befand sich Österreich 1932, dem für die Produktion schlechtesten Jahr (124), zwar etwas unter dem Durchschnitt, aber keineswegs an letzter Stelle. Nach dem allgemeinen Index der industriellen Produktion (1929 = 100) war Österreich mit 65,0 wohl schlechter gestellt als Frankreich (68,8) und Großbritannien (83,5) aber besser als die von der Weltwirtschaftskrise besonders hart betroffenen Länder USA (53,8) und Deutschland (53,3). Auch im Rahmen der europäischen Wirtschaft (70,0) dürfte Österreich 1932 noch durchaus im Mittelfeld gelegen sein (125), die meisten anderen Länder erholten sich aber nach diesem Zeitpunkt bedeutend schneller.

Daß die Weltwirtschaftskrise die österreichische Wirtschaft nachhaltiger traf als die meisten anderen Länder, muß nicht zuletzt auch in der Art der Krisenbekämpfung zu suchen sein. In Österreich war, als 1929 die Krise hereinbrach, die Geldentwertung von 1922 noch unvergessen. "Kein Mißbrauch der Notenpresse", "Abbau des Außenhandelsdefizits" und "Sicherung des Gleichgewichts im Bundeshaushalt" standen im Wirtschaftsprogramm der Regierung an vorderster Stelle. (126)

"Es war der Festigkeit des Bundeskanzler Dr. Buresch, sowie der straffen Leitung der Nationalbank durch Dr. Kienböck zu danken," schrieb Patzelt noch 1935, "wenn Österreich in jenen Tagen nicht in den vernichtenden Wirbel einer neuen Inflation hineingerissen wurde." (127)

124) Der weltweite Tiefpunkt der Depression auf dem Produktionssektor wird mit Juli 1932 angegeben, Neue Freie Presse,

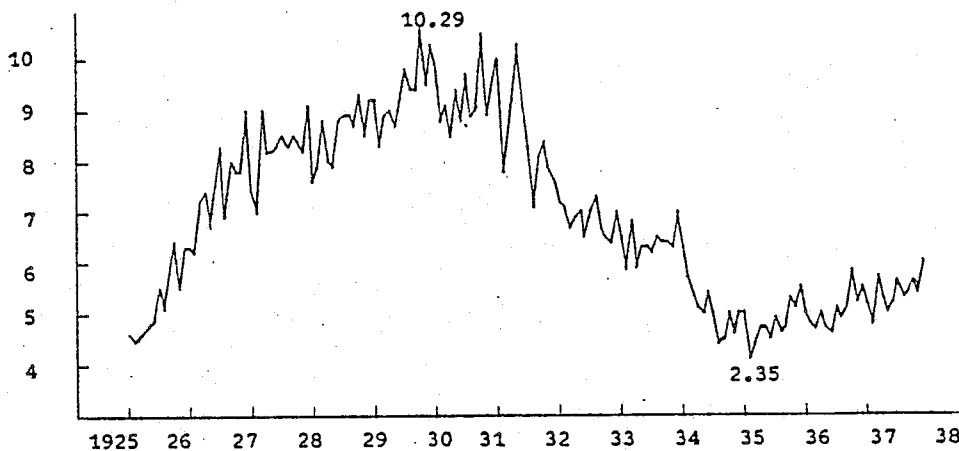
125) Vgl. Wagemann, S. 310

126) Patzelt, a.a.O., S. 26

127) a.a.O., S. 25

Die Deflationspolitik trug auch in Österreich ihre Früchte. Der Notenumlauf fiel von 136 im Juni 1931 (1923-1932 = 100) auf 104 im gleichen Monat des Jahres 1933. Damit ging die Geldzirkulation zwar weniger zurück als in anderen Ländern, gerade darin wurde aber ein "krisenhaftes Element" gesehen, "das erst mit dem Zusammenbruch der Credit-Anstalt in Erscheinung trat." (128) Der Abstand zwischen der Kurve des Notenumlaufs und der des Produktionsindex, die von 1923 bis 1930 weitgehend in Übereinstimmung gehalten werden konnten, betrug 1932 etwa 35%. Außer der Abnahme der gesamten Zirkulation war auch eine Abnahme der Geschwindigkeit des Umlaufs -
- abzulesen am Rückgang der Giroumsätze - festzustellen. Bis 1935 waren die Giroumsätze der wichtigsten Institutionen auf etwa die Hälfte von 1929 zurückgegangen.

Giroumsätze der Österreichischen Nationalbank, des Wiener Saldierungsvereins, des Wiener Giro- und Kassenvereins und des Postsparkassenamtes



Quelle: Berechnet nach: Statistische Nachrichten 1925 bis 1938; in 1.000 Millionen Schilling

Zusätzlich konnte der Bund "durch drastische Steuererhöhungen, scharfe Ausgabenkürzung und fast völlige Einstellung der Investitionen" (129) das Budget in Ordnung bringen.

"In einem aufopferungsvollen Kampf" gelang es der Finanzverwaltung, "den österreichischen Staatshaushalt auch in dieser schweren Periode nahezu vollständig stabil zu halten." (130), und alle, auch in Österreich erhobenen Forderungen nach "deficit spending" weit von sich zu weisen.

"Kennt man nicht das ehene Gesetz, daß jede Unordnung in den Bilanzen durch keinerlei Künste wieder gut gemacht werden kann, und daß die Auffüllung eines Defizits in keinem Fall durch ein noch größeres Defizit gestattet ist? Produktive Investitionen, das ist überall das Schlagwort, das wie die berühmten Pillen, die gegen Erdbeben wirken sollten, dazu verwendet wird, die Gemüter einzulullen und über das wahre Wesen der Krise hinwegzutäuschen."(131)

Diese Haltung wurde durch die weit verbreitete Forderung nach Einschränkung des Bundeshaushaltes noch bestärkt.

Das starke Ansteigen der Staatsausgaben, die sich von 1923 bis 1930 etwa verdoppelt hatten, (132) brachte Ende der Zwanzigerjahre die Forderung nach einer Reform des Budgets auf einen Höhepunkt. Die Politik, den Bundeshaushalt von der Ausgabenseite her zu planen, schien auf lange Sicht nicht praktikabel zu sein. 1929 wurde daher allgemein als "Wendepunkt für die Finanzgebahrung der Staaten und ihrer Unterverbände" (133) und es bestand daher gerade zu Beginn der

128) Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1934, S. 16

129) "Österreichs Wirtschaft 1923-1932", a.a.O., S. 7

130) Reinhard Kamitz, a.a.O., S. 286

131) NN, Sprunghaftes Ansteigen der Arbeitslosigkeit, Neue Freie Presse, 10.1.1930

132) Vgl. Ludwig Mises, Anpassung der öffentlichen Ausgaben an die Tragfähigkeit der Wirtschaft, Neue Freie Presse, 3.12.1930; und: Franz Gruber, Der österreichische Bundeshaushalt 1923-1930, in: Österreichisches Jahrbuch, Wien 1930

133) Rückblick 1929, Neue Freie Presse, 1.1.1930

Weltwirtschaftskrise eine verstärkte Tendenz in der Wirtschaftspolitik, die Staatsausgaben wieder stärker nach den Einnahmen und einem ausgeglichenen Budget zu orientieren.

Dieses ausgeglichene Budget wurde daher neben der "Verteidigung des Schillings" auch als "positiver Punkt"(134) im Desaster der Weltwirtschaftskrise gewertet. Eine solche wirtschaftspolitische Zielsetzung mußte fast zwangsläufig zu einem Wiederaufleben von Protektionismus und nationalem Diktat auf dem Gebiet der Handel- und Währungspolitik führen. (135) Nach dem Vorbild ähnlicher ausländischer Maßnahmen wurde am 8. Oktober 1931 eine Zwangsbewirtschaftung der Devisen und Valuten eingeführt, (136) um damit das Defizit der Zahlungsbilanz auf 2% des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens zu beschränken, da die bisherigen Finanzierungsmittel ausgeblieben waren und ausländische Gläubiger ihre Kredite zurückzogen. (137) Diese Maßnahmen wirkten sich zunächst uneinheitlich aus. "Bei einigen Industrien brachten sie eine vorübergehende Förderung, in den meisten Fällen jedoch von Anfang an schwere Behinderungen." (138)

134) Statistische Nachrichten, 1934, ". 31

135) Michael Hainisch, Die Aufgabe der österreichischen Handelspolitik, Neue Freie Presse, 19.8.1930; siehe auch Neue Freie Presse, 1.1.1930

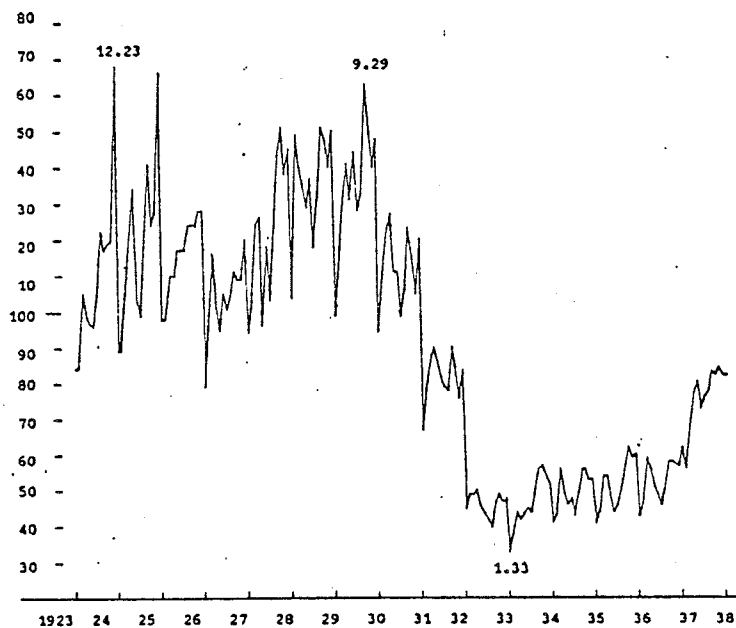
136) Statistische Nachrichten, 1932, S. 25

137) "Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963", a.a.O., S. 25

138) "Österreichs Wirtschaft 1923-1932", a.a.O., S.

Die Devisenbewirtschaftung wurde zwar bereits 1932 wieder gelockert, die Versuche, "die Handelsbilanz um jeden Preis zu verbessern" (139) hielten jedoch weiter an. Zur Devisenbewirtschaftung traten Zollerhöhung, Einfuhrkontingente und Einfuhrverbote. Österreich mühte sich ebenso wie seine Nachbarn mit dem unlösbaren Problem ab, den Import zu drosseln, dabei aber den Export zu halten oder zu verbessern. (140) Von diesen Maßnahmen begleitet sank das Außenhandelsvolumen von 565 Millionen Schilling im Dezember 1929 auf 131 Millionen im August des Jahres 1933.

Fertigwarenexporte



Quelle: Statistische Nachrichten, 1923 bis 1938,
in Millionen Schilling

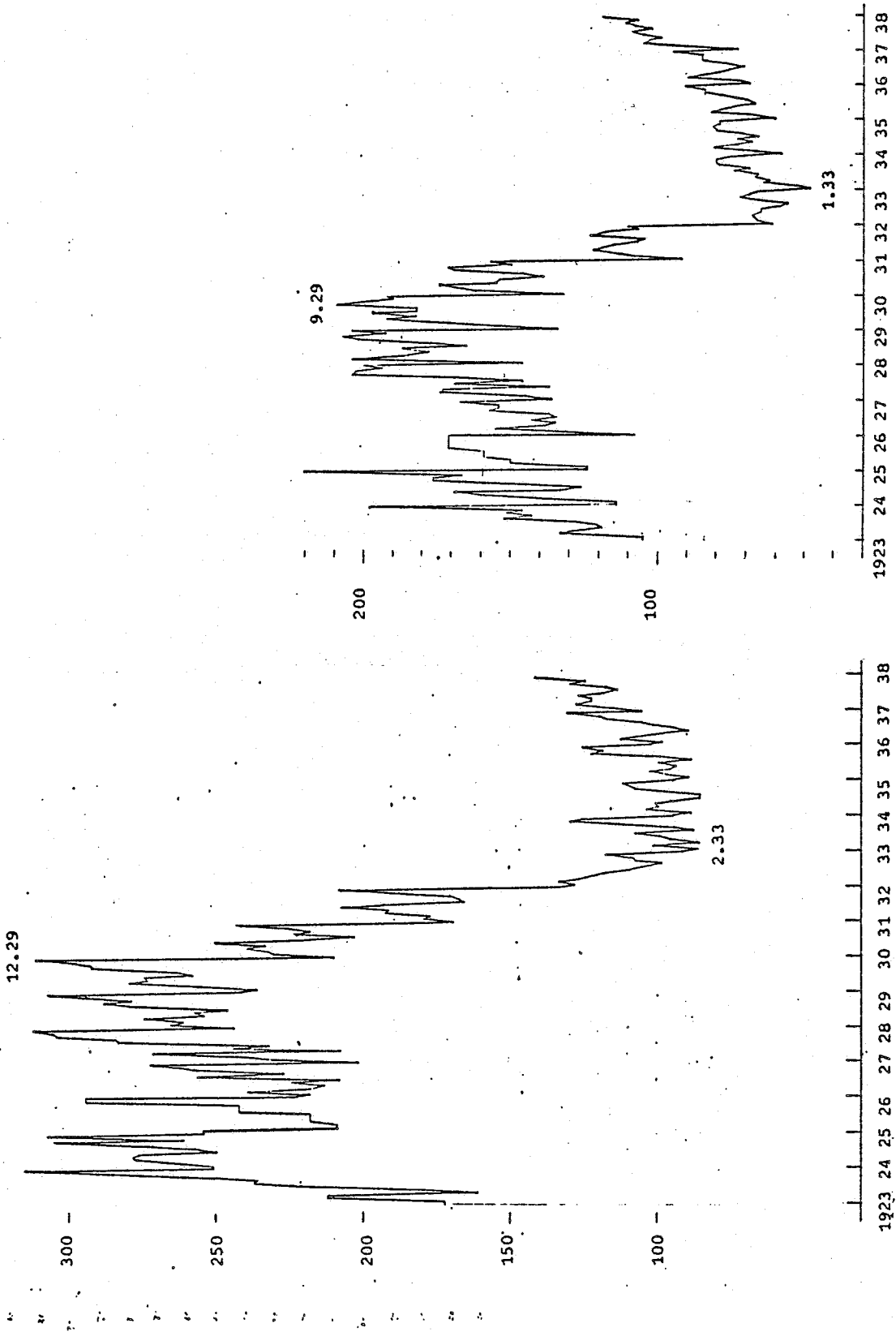
139) "Österreichs Wirtschaft 1923-1932", a.a.O., S. 7

140) a.a.O., S. 6

Der österreichische Außenhandel 1923 bis 1937

Einfuhr insgesamt

Ausfuhr insgesamt



Quelle: Statistische Nachrichten 1923 bis 1938, in Millionen Schilling

Diese weltweit angewandte Wirtschaftspolitik war zwar nicht eine der Ursachen aber doch wesentliche Verstärkung der Weltwirtschaftskrise. (141)

Aber auch die meisten Ursachen der Weltwirtschaftskrise waren in der Österreichischen Wirtschaft mit enthalten. (142)

Das Bild, das häufig gegeben wurde, von der Weltwirtschaftskrise, die auf Österreich übergriff, entspricht daher nicht ganz den Gegebenheiten. Ein von der Regierung und Vertretern der Wirtschaft eingesetztes Komitee stellte 1930 in einem Bericht fest: "daß die Krise in Österreich vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise vorhanden war, und die Schwierigkeiten, wenn auch gemindert, selbst nach Aufhören der Weltdepression weiter bestehen würden." (143)

So war das Problem der Überproduktion bzw. Unterkonsumption in Österreich schon vor der Weltwirtschaftskrise gegeben. Um der Rationalisierung Willen hatte man weit über den Bedarf hinaus vergrößert. (144) und die Produktionsmöglichkeiten standen trotz steigender Kaufkraft in keinem Verhältnis zur Nachfrage. Österreich hatte in seinem bescheidenen Rahmen auch Anteil an dem, was Wagemann einen "ungeheueren volkswirtschaftlichen Rechenfehler" nannte. (145) Trotz sinkender

141) Vgl. E.Haas, Die Außenhandelspolitik der ehemaligen Republik Österreich, Würzburg 1939; A.Mahr-F.Koralka, Der Außenhandel Österreichs in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, Wien 1946

142) Vgl. Charles M.Kindlyberger, Die Weltwirtschaftskrise, München 1973

143) "Bericht über die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Österreichs" Redaktionskomitee der Wirtschaftskommission, Wien Dezember 1930. Das Komitee sieht die Ursache vor allem in den hohen Produktionskosten bedingt durch die hohen Soziallasten und öffentlichen Abgaben. 1931 erschien ein zweiter Bericht.

144) Otto Bauer, a.a.O., S. 69

145) Ernst Wagemann, a.a.O., S. 4

Preise kam es zu Produktionssteigerungen, war eine Umkehr jeder ökonomischen Erfahrung bedeutete. Die Preissenkungen waren nicht mehr Folge von Produktivitätssteigerung, sondern auf Grund der gesunkenen Preise wurde weiter rationalisiert, um durch höhere Losgrößen niedrigere Stückkosten zu erreichen. Zusätzlich bedingte der Autarkiegedanke, daß auch in der Landwirtschaft, insbesondere im Getreidebau, die Produktion trotz auf dem Weltmarkt sinkender Preise ständig ausgebaut wurde.

"Steigende Produktion - Steigende Vorräte - Sinkende Preise" (146) war das Charakteristikum des Jahres 1929, das deutlich in Richtung Weltwirtschaftskrise zeigte.

Diese Investitionstätigkeit war in den meisten europäischen Ländern nur durch "Auftürmung eines krisenempfindlichen Kreditsystems" möglich geworden.(147)

Für Österreich galt dies noch im Besonderen.

Die enge Verbindung und der überragende Einfluß, den die Banken in Österreich seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts gewonnen hatten, hatte durch den krisenhaften Zustand der Nachkriegszeit noch eine Verstärkung erfahren. Die Anlehnung der Industrie und des Handels an die Banken war noch augenscheinlicher geworden. Entsprechend dem kurzfristigen Charakter der Einlagen waren aber auch die meisten Kredite der Banken zumindest formell kurzfristig. Diese Kredite wurden zumeist nur im Kontokorrentverkehr gewährt und wurden vielfach verlängert und so zu langfristigen. (148) Die hohe Aufnahme vor allem auch ausländischer Kurzfristiger Kredite für langfristige Anlagen, sollte sich nach der Börsenkrise in New York und den Schwierigkeiten der österreichischen

146) Rückblick 1929, Neue Freie Presse, 1.1.1930

147) Otto Bauer, a.a.O., S. 69

148) Hans Bayer, a.a.O., S. 168

Banken krisenverstärkend für viele einheimische Industrien auswirken. Die restriktive Kreditpolitik der Regierung und der Nationalbank tat ein übriges. Die Presse konnte daher 1930 treffend schreiben: "Eine industrielle Konjunktur, die mit geborgtem Auslandskapital arbeitete, wurde gedrosselt, als diese Gelder unerwartet rasch gekündigt wurden." (149)

Am Ende der Weltwirtschaftskrise war die österreichische Wirtschaft wieder weit, weit zurückgeschlagen. Die Erfolge, die bis 1929 in der strukturellen Entwicklung erreicht worden waren, wurden weitgehend wieder zunichte gemacht. Die Wirtschaft der Ersten Republik sollte sich von dieser Krise nicht mehr erholen. (150)

149) Rückblick 1929, Neue Freie Presse, 1.1.1930

150) Die These von der "retrogressiven Anpassung" der Wirtschaft der Ersten Republik, die erst durch eine "überdurchschnittliche Restriktion der schwachen Elemente" durch die Weltwirtschaftskrise eine den Bedürfnissen der Ersten Republik eher entsprechende Struktur erhalten hatte (Kurt W. Rothschild, a.a.O., S. 94), dürfte kaum länger aufrecht zu erhalten sein. Alle verfügbaren wirtschaftlichen Daten aus der Zwischenkriegszeit sprechen dafür, daß die Anpassung der österreichischen Wirtschaft an die Gegebenheiten nach dem Ersten Weltkrieg im Jahr 1929/30 ihren Höhepunkt erreichte. Was danach kam waren nur noch Rückschläge, die zwar Einschränkungen aber keine Strukturveränderungen bewirkten. Es mag durchaus zutreffen, daß Strukturänderungen im Kapitalismus durch Krisen erfolgen, die in der Konsolidierung befindliche Wirtschaft Österreichs wurde aber durch die Weltwirtschaftskrise weit zurückgeworfen. Nicht nur strukturell schwache Betriebe mußten "passen", sondern auch Unternehmen in Wachstumsbranchen, wie Elektro-, Chemie- oder Automobilindustrie mußten aus Kapitalmangel, Kreditnot und krisenbedingtem weltweit schlechtem Absatz Anfang der Dreißigerjahre ihre Produktion einstellen. Gerade die Weltwirtschaftskrise der Dreißigerjahre beinhaltet so viele irrationale und politische Ursachen, daß ihr eine ordnende Funktion kaum zugesprochen werden kann. Die Wirtschaftsstruktur Österreichs hatte sich nach der Krise kaum mehr verändert, was allerdings nicht auf eine ausgeglichene Struktur, sondern auf eine hartnäckige Stagnation zurückzuführen war.

Die Dauer und Intensität der Weltwirtschaftskrise hatte ein Ausmaß erreicht, das nicht für möglich gehalten worden war, und nicht nur Konjunkturforscher und Wirtschaftsfachleute waren erschüttert. In diesem Sinne schrieb 1932 der bekannte deutsche Volkswirt Ernst Wagemann: "Die apokalyptischen Reiter der Weltwirtschaftskrise haben nicht nur Not und Elend, Sorge und Verzweiflung in die materielle Existenz getragen; sie haben auch deren geistig-politischen Überbau aufs schwerste erschüttert. Die Sinnflutstimmung der Wirtschaft sieht den Zusammenbruch des Kapitalismus oder gar das Ende der Weltwirtschaft nahen, die weit, weit älter ist als das kapitalistische Wirtschaftssystem."⁽¹⁵¹⁾ und drückte damit die in der Krise weit verbreitete Stimmung aus, daß nicht nur die wirtschaftlichen sondern auch die geistigen Grundlagen einer Gesellschaft, in der ein solcher wirtschaftlicher Zusammenbruch möglich war, in Frage gestellt waren.

¹⁵¹⁾ Ernst Wagemann, a.a.O., S. 359

Österreich 1934-1938 - Stagnation und Rüstungskonjunktur

Die Weltwirtschaftskrise wurde allgemein als Wendepunkt in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsauffassung betrachtet. Zwischen 1930 und 1935 liegen in der Wirtschaftspolitik Welten.

Nicht aber so in Österreich.

Die österreichische Wirtschaftspolitik hatte aus der Weltwirtschaftskrise keine Schlüsse gezogen. Unter dem Deckmantel des Ständestaates wurde die "liberale" Wirtschaftspolitik der Zwanzigerjahre weitergeführt. "Die Menschen sind im Jahr 1934 ärmer geworden, aber solider" (152) diente als Erklärung der Folgen der Weltwirtschaftskrise. "Vor dem Ausbruch der Krise haben insbesondere in Europa die meisten über ihre Verhältnisse gelebt" und daher eine Scheinkonjunktur geschaffen. Nun war, wenn auch auf niedrigem Niveau, das "Gleichgewicht" wieder hergestellt und damit die Grundlage für eine ökonomisch vernünftige Entwicklung gegeben. So wurde 1934 "trotz schwerer politischer Krise, trotz des Putsches im Februar und Juli" (153) als das Jahr gefeiert, in dem ein deutlicher wirtschaftlicher Aufstieg zu beobachten war. "Eine auf den bewährten Grundsätzen der Vertrauenssicherung aufgebaute Währungspolitik, sowie die hierdurch bedingte Stabilität des Preisniveaus sind unverkennbare Kennzeichen der Besserung, die angesichts der politischen Ereignisse des abgelaufenen Jahres nicht bloß die Widerstandsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft beweisen, sondern auch als zahlenmäßig belegbare Erfolge des von der Regierung in Angriff genommenen Aufbauwerks gebucht werden können." (154)

152) Das Wirtschaftsjahr 1934, Neue Freie Presse, 1.1.1935

153) a.a.O.

154) Statistische Nachrichten, 1935, S. 28

schrieben 1935 die Statistischen Nachrichten und drückten damit mehr oder weniger die offizielle Meinung aus. (155) Tatsächlich war mit dem Jahr 1934 die Weltwirtschaftskrise in Österreich weitgehend überwunden. Das Resultat war aber keine beginnende Konjunktur, wie in vielen anderen Ländern, sondern nur eine zögernd weichende Stagnation und ein Verharren auf niedrigem Niveau. Da in Österreich der Aufbau einer inneren Konjunktur durch Arbeitsbeschaffung und Staatsaufträge nur in geringem Maße betrieben wurde, blieb das Land weitgehend vom Weltmarkt abhängig, welcher auf Grund der Autarkiemaßnahmen wichtiger Handelsländer, vor allem Deutschland und den USA, bis 1935 noch eher rückläufig war. Ein rascheres Tempo nahm die Ausfuhrbelebung erst an, als Mitte 1936 an den Weltmärkten eine allgemeine Hausse einsetzte. (156) Begründet war diese wirtschaftliche Belebung in den politischen Spannungen der Dreißigerjahre. "Das Waffengeklirr beherrschte nicht nur die politischen Erwägungen, sondern war auch auf die wirtschaftliche Entwicklung von allergrößtem Einfluß." (157)

Schätzung der Rüstungsausgaben
in Millionen der Landeswährung

	1933	1934	1935	1936
Russland	1.574	1.665	6.500	16.000
Frankreich	13.634	12.008	11.040	17.000
USA	523	703	834	980
Großbritannien	108	114	124	170
Deutschland	743	1.105	4.000	8.000
Italien	4.730	4.469	4.646	5.000
Japan	852	938	4.623	1.200
Polen	776	787	774	1.200
Tschechoslowakei	1.716	1.979	1.818	2.000
Holland	81	81	82	100
Rumänien	4.680	5.294	6.764	8.500
Jugoslawien	1.943	1.943	2.000	2.400
Belgien	948	1.271	1.138	1.600
Schweiz	91	92	95	120

Quelle: Neue Freie Presse, 1.1.1937

Ab 1934 setzte eine europäische Rüstungskonjunktur ein, die alles Bisherige übertraf und sich in den folgenden Jahren noch steigern sollte.

Man war sich zwar über den Wert der auf Aufrüstung beruhenden Wirtschaftsbelebung nicht ganz im klaren (158) und hatte das Gefühl, "daß der Weg zwar ständig aufwärts führt, aber entlang eines tiefen, und das weitere Vorwärtskommen bedrohenden Abgrundes" (159) Ab 1936 setzte die Besserung jedoch in allen Zweigen der Wirtschaft ein und mit diesem Jahr konnte man "mit vollem Fug und Recht annehmen," daß die fünfjährige Weltkrise entgültig überwunden war. (160)

155) Es läßt sich feststellen, daß die Statistischen Nachrichten in den Dreißigerjahren zu einer eher optimistischen Darstellung der Wirtschaftslage neigen, wohingegen das österreichische Institut für Konjunkturforschung auch in der Zeit des Ständestaates ihre eher kritische Wirtschaftsdarstellung beibehalten konnte.

156) Wagenführ, a.a.O., S. 77

157) Das Wirtschaftsjahr 1934, Neue Freie Presse, 1.1.1935

158) a.a.O.

159) Das Wirtschaftsjahr 1935, Neue Freie Presse, 1.1.1936

160) a.a.O.

In Österreich hielt sich noch 1935 die "Besserung der Wirtschaftslage im allgemeinen in bescheidenen Grenzen." (161) Ab 1936 aber profitierte die Produktionsgüterindustrie und namentlich die Eisen- und Stahlerzeugung vom wachsenden europäischen Rüstungsbedarf. (162) "Österreichs Wirtschaft konnte nun aus ihrer an sich höchst traurigen Konjunkturlage Nutzen ziehen, denn sie gehörte zu den wenigen Volkswirtschaften, die noch über unausgenutzte Kapazitäten verfügte." (163) und daher "für die überbeschäftigten Industrien mancher ausländischer Konkurrenten einspringen" konnte. (164) Dies führte zu einer Exportkonjunktur und dem wirtschaftlich besten Jahr seit 1930. Die Produktionszunahme gegenüber dem Vorjahr betrug 1937 bei Roheisen 53%, bei Rohstahl 61%, in der Papierindustrie 30%, der Zelluloseerzeugung 20%, der Braunkohleförderung 11% und in der Stromerzeugung 50%.

Obwohl die Situation gerade dadurch gekennzeichnet war, daß nach Abbau des Außenhandelsdefizits der Export in den Dreißigerjahren weit unter dem Niveau der Zwanzigerjahre lag, (165) war das kontinuierliche Wachstum des Außenhandelsvolumens nach 1933 und die "Exportkonjunktur" in Ermangelung anderer Wachstumsimpulse die wesentlichste Grundlage für die allmähliche Besserung der wirtschaftlichen Situation in Österreich nach der Weltwirtschaftskrise.

161) Statistische Nachrichten, 1936, S. 21

162) Vierteljahresberichte, a.a.O., 1936, S. 5

163) Wagenführ, a.a.O., S. 77

164) Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1937, S. 53

165) 1923-1929 Monatsdurchschnitt: Einfuhren 259 Mio Schilling
Ausfuhren 165 Mio Schilling
1930-1937 Monatsdurchschnitt: Einfuhren 132 Mio Schilling
Ausfuhren 92 Mio Schilling
Außenhandelsvolumen: Dezember 1929: 546 Mio Schilling
Dezember 1937: 260 Mio Schilling
= 46%

Denn die österreichische Wirtschaftspolitik konzentrierte sich weiterhin auf Budget und Währung. Der Schilling war zu einer der wertbeständigsten Zahlungsmittel der Welt geworden: "In der europäischen Wirtschaft war Österreich ein Hort der Stetigkeit. Das kommt vor allem in der Stabilität unserer Währung zum Ausdruck." (166), vermerkte man nicht ohne Stolz. "Vielfach flüchtete das Ausland bei Währungs-paniken und sonstigen Beunruhigungen in die österreichischen Zahlungsmittel. (167)

Zum Problem der Konjunkturbeeinflussung nahm die österreichische Wirtschaftspolitik aber keine eindeutige Stellung. (168)

Obwohl in den Dreißigerjahren eine ganze Reihe von Ländern, allen voran die USA und das Deutsche Reich, eine Arbeitsbeschaffung mit anerkanntem Erfolg betrieben hatten, verharrte Österreich weiterhin auf dem Kurs einer fast klassischen Deflationspolitik. Die in Angriff genommenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden mit Rücksicht auf das Budget in zu geringem Maße und nur mit halben Herzen durchgeführt. Die Zurückhaltung der öffentlichen Hand "entsprang der bitteren Erfahrung, die in jüngster Vergangenheit mit einem unausgeglichenen Staatsbudget gemacht wurden und damit dem unerschütterlichen Vorsatz, das Gleichgewicht im Staatshaushalt auf alle Fälle zu wahren." (169) "Im Gesamtergebnis war daher die österreichische

166) Statistische Nachrichten, 1937, S. 21

167) Das Wirtschaftsjahr 1935, Neue Freie Presse, 1.1.1936

168) Vgl. Alois Gratz, Die österreichische Finanzpolitik, a.a.O. S. 287

169) Reinhard Kamitz, a.a.O., S. 188; Kamitz verteidigte noch nach dem Zweiten Weltkrieg die Wirtschaftspolitik der österreichischen Regierung zu dieser Zeit: "Sicherlich wäre es damals möglich gewesen, durch eine etwas großzügigere Bereitstellung öffentlicher Mittel zum Zwecke von Investitionen und Arbeitsbeschaffung aller Art eine Erleichterung der wirtschaftlichen Lage zu bewirken. Die Möglichkeit durch eine weitgehende Anwendung dieser Methoden die Wirtschaftslage entscheidend zu verbessern, muß jedoch für Österreich mit Rücksicht auf dessen besondere Struktur verneint werden. Vergleiche, die hier bisweilen mit anderen Ländern, namentlich früher mit Deutschland oder England, angestellt wurden oder werden,

Finanzpolitik der Dreißigerjahre, sehr im Gegensatz zur Finanzpolitik fast aller übrigen Staaten, im wesentlichen durch ein Festhalten am Prinzip des ausgeglichenen Staatshaushaltes gekennzeichnet." (170)

Es mag verwunderlich sein, daß es der Industrie nicht gelang im sogenannten "Austro-Faschismus" einen entscheidenderen Einfluß und eine stärkere Förderung zu erlangen. Der Grund dafür mag die eher mittelständisch-antikapitalistische Haltung des 1934 etablierten Ständestaates gewesen sein, der sich auch in der Wirtschaft gegen "zentrifugale Kräfte" (171) und sowohl gegen Unternehmer wie gegen Arbeiter wendete. Dafür wurde in Kauf genommen, daß eines der "zentralen wirtschaftlichen und politischen Probleme der Ersten Republik, die hohe Arbeitslosigkeit, auch in der Zweiten Hälfte der Dreißiger Jahre bestehen blieb. (172) Daran änderte selbst die als "Arbeitsschlacht" bezeichnete "produktive Arbeitsbeschaffungspolitik" der Regierung nichts, die zu ihrem Höhepunkt 1935 etwa 52.000 Personen oder 10% der Arbeitslosen erfaßte, jedoch ab 1936 im Rahmen einer Budgetreform wieder stark eingeschränkt wurde, "um den beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung nicht von der finanziellen Seite her zu stören." (173) Bei der Volkszählung 1934 wurden unter 2.141.319 Arbeitnehmern 593.249 oder 28% Arbeitslose gezählt. (174)

sind offensichtlich abwegig und irreführend. Was für einen großen Wirtschaftsraum mit weitgehenden Ergänzungsmöglichkeiten durchaus sinnvoll sein mag, muß nicht in gleicher Weise für ein kleines Land mit starker Abhängigkeit vom Außenhandel zweckdienlich sein."

- 170) Reinhard Kamitz, a.a.O., S. 288
- 171) Schuschnigg, Rede vom 19.1.1936 vor dem Bundesappell der Vaterländischen Front in Wien; Keesings Archiv der Gegenwart, 1936
- 172) Seit dem Beginn der Stabilisierungskrise 1923 war die Zahl der unterstützten Arbeitslosen selbst im Jahre 1929 nicht mehr unter 100.000 gefallen.
- 173) Alois Gratz, a.a.O., S. 287
- 174) Österreichische Volkszählung 1934, Bundeamt für Statistik, Bundesheft, Wien 1935

Wenn auch eine genaue Bestimmung der Höhe der Arbeitslosigkeit in dieser Periode erschwert ist (175), so läßt sich doch feststellen, daß die Besserungstendenzen am Arbeitsmarkt, nicht einmal mit den ohnehin schon mäßigen Produktionssteigerungen Schritt halten konnten.

175) Spätestens mit dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise kommt den vom Statistischen Zentralamt veröffentlichten Werten der Arbeitslosigkeit als "Werkzeug der Konjunkturbeobachtung" (Monatsberichte des österreichischen Institut für Konjunkturforschung, 1935, S. 20) nur mehr ein sehr beschränkter Erkenntnißwert zu. Die mit großer Genauigkeit geführte Statistik der unterstützten Arbeitslosen erfuhr nicht nur einen Abgang bei Besserung der Wirtschaftslage, sondern gab durch die Aussteuerung (Entlassung aus der Unterstützung nach einer gewissen Zeit) und Einschränkung der Unterstützungsberechtigten speziell in der Weltwirtschaftskrise ein wesentlich zu günstiges Bild wider. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den Jahren 1929 bis 1933 war aber gerade durch eine steigende Zahl nicht unterstützter Arbeitsloser gekennzeichnet. 1934 wurden von der Arbeitslosenversicherung etwa 290.000 Unterstützte erfaßt, während bei der Volkszählung im selben Jahr über 590.000 Personen als arbeitslos geführt worden waren. Die Angaben von Wagemann a.a.O., S. 80, bezüglich einer unsichtbaren Arbeitslosigkeit von 200.00 bis 300.000 Personen, dürfte daher durchaus zutreffend sein. So schlug der Wert der unterstützten Arbeitslosigkeit als Indikator der wirtschaftlichen Entwicklung in der Krise wesentlich zu schwach aus, ebenso wie er die Besserungstendenzen ab 1934 zu ungenau widerspiegelte, da auch solche Personen wieder in Beschäftigung kamen, die in der Arbeitslosenstatistik nicht oder nicht mehr enthalten waren. Die Zahl der Beschäftigten stieg daher schneller, als die Zahl der unterstützten Arbeitslosen abnahm. Die Stagnation im Jahre 1936 wirkte sich jedoch auf die Statistik des Arbeitsmarktes wieder stärker aus, da nun auch Arbeiter, "die durch die Beschäftigung unterstützungsberechtigt worden waren, in der Unterstützungsziffer aufschienen, in der sie früher nicht enthalten waren." (Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1936, S. 14) Die Stellensuchenden "vormerkung zur Vermittlung" boten überhaupt keinen verlässlichen Anhaltspunkt über die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, da die Vermittlung an keinen Zwang gebunden war und zusätzlich die Möglichkeit bestand, sich für mehrere Berufe registrieren zu lassen.

Bis 1934 wurden zunächst vorhandene Kapazitäten besser ausgenutzt, Kurzarbeit abgebaut und die Überstunden ausgedehnt. Folge davon war, daß "trotz der schon zwei Jahre andauernden Produktionsbelegung erst im Jahre 1935 eine merkliche Entlastung des Arbeitsmarktes zu verzeichnen" war.(176) Die Belegung der Produktion fand in der Statistik des Arbeitsmarktes nur insofern eine Bestätigung, als die Zahl der unterstützten Arbeitslosen meist unter dem Vorjahresniveau lag und im Jahr 1936 zumindest nicht anstieg.

Das erfolgreiche wirtschaftliche Ergebnis des Jahres 1937 war jedoch überwiegend auf die außerordentlichen Produktionssteigerungen in der ersten Hälfte des Jahres zurück zu führen. Bereits in den Monaten Juli und August erfuhr der Außenhandel, "die Triebkraft der Wirtschaftsbelegung Österreichs."(177) einen Umschwung. Die meisten Produktionen reagierten darauf schon in den Herbstmonaten, was wiederum zur Stagnation zurückführte, die auch in den ersten Monaten des Jahres 1938 noch anhielt.

In dieser wirtschaftlich ungünstigen Situation befand sich Österreich, als im Mai 1938 der Anschluß vollzogen wurde. Da in Deutschland die Rüstungskonjunktur wohl ihre deutlichste Ausprägung gefunden hatte, und Kapazitäten und Arbeitskräfte bereits knapp waren, sprang Österreich damit praktisch auf einen fahrenden Zug. Innerhalb weniger Monate war das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst. Produktion und Umsätze stiegen

176) Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1935, S. 21

177) a.a.O., 1938, S. 81

in fast allen Bereichen erheblich an, und insbesondere bei Eisen- und Stahl wurden alle Vorkehrungen getroffen, um so rasch wie möglich die gesamten Kapazitäten auszunutzen.
(178)

Die Nichtbewältigung der wirtschaftlichen Probleme Österreichs nach der Weltwirtschaftskrise ließen den Anschluß aus ökonomischer Sicht durchaus vorteilhaft erscheinen und gaben den Nationalsozialisten auch wirtschaftliche Argumente, die in Österreich vielleicht mehr Gehör fanden, in die Hand: "Durch den Anschluß Österreichs an das Reich ist nicht nur ein politischer, sondern auch ein wirtschaftlich untragbarer Zwischenstand beendet worden, in den Österreich durch den Ausgang des Weltkriegs geraten war." (179)

178) Mattias Riedel, Eisen und Kohle für das Dritte Reich, Frankfurt 1973, S. 235

179) "Österreichs Wirtschaftsnot und Wirtschaftspolitik vor der Eingliederung in das Reich" Institut für Konjunkturforschung Berlin, abgedruckt in: Monatsberichte des österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1938, S. 82

Österreich 1918 - 1938 - konjunkturelle Eigenheit und strukturelle Veränderung

Die wirtschaftliche und konjunkturelle Endentwicklung Österreichs in der Zwischenkriegszeit gestaltete sich, betrachtet man insbesondere die Kleinheit des Wirtschaftsraumes, zum Teil erstaunlich eigenständig.

Bis zum Jahre 1924 verlief sie geradezu konträr zur weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung. Die Nachkriegskonjunktur 1919 blieb in Österreich auf Grund des Rohstoff und Kohlemangels aus, und dank der Inflation schien auch die Krise der Nachkriegszeit, die Krise der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft an Österreich vorüberzugehen. Nach geglückter Budget- und Währungssanierung brachte auch das Jahr 1923 noch nicht den erwarteten wirtschaftlichen Rückschlag, und Sondereinflüsse - Ruhrbesetzung, Börsenhausse etc. - ließen die Hoffnung aufkommen, noch einmal davon gekommen zu sein. Erst 1924 kam es in Österreich zu einer Stabilisierungskrise, zu einem Zeitpunkt, als sich andere Länder bereits wieder im wirtschaftlichen Aufschwung befanden. Erst ab 1926 konnte Österreich hieran den Anschluß finden.

Auf der anderen Seite war die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs auch geradezu typisch für ihre Zeit. Dies galt insbesondere für die Weltwirtschaftskrise, ihre Ursachen und ihren Verlauf bis etwa 1933. Die Wurzeln der wirtschaftlichen Depression der Dreißigerjahre waren auch in Österreich zu finden: mangelnde Kapitalbasis und unglückliche Kreditpolitik, Rationalisierung, Überkapazitäten und mangelnde Konsumkraft, Protektionismus, Außenhandelsdefizit und einiges andere mehr.

In der Weltwirtschaftskrise selbst nahm Österreich noch einen Platz in der Mitte ein. Die Krise wirkte sich hier schwächer aus als etwa in Deutschland oder den USA, aber stärker als in manchen anderen Ländern. Aber Österreich sollte sich

in der I.Republik von dieser Krise nicht mehr erholen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Staaten gab es hier nach 1933 keinen neuen Aufschwung, sondern nur ein Ende des wirtschaftlichen Abstiegs. In Österreich folgte der Weltwirtschaftskrise nicht konjunkturelle Erholung, sondern hartnäckige Stagnation. Eine Entwicklung, die zu einem nicht unwesentlichen Teil der Wirtschaftspolitik des Ständestaates zuzuschreiben war, der wirtschaftlich wohl zumindest ebenso versagte, wie gesellschaftlich.

Die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs in der Zwischenkriegszeit läßt sich daher in drei Phasen gliedern:

- Desintegration, mit allen ihren Folgen: Versorgungsprobleme der ersten Nachkriegszeit, Inflation, Betriebseinschränkung und -einstellung in der Stabilisierungskrise.
- Anpassung, mit den entsprechenden Folgeerscheinungen, spät einsetzender Konjunktur, steigendes Außenhandelsdefizit, Rationalisierung und mangelnde Konsumkraft.
- Krise, ab 1930, charakterisiert durch ein noch relativ gutes Abschneiden in der eigentlichen Weltwirtschaftskrise selbst, aber durch ein weiteres Anhalten des schlechten Geschäftsgangs, einer Stagnation auf niedrigem Niveau nach 1933.

Die Weltwirtschaftskrise hatte die österreichische Wirtschaftsstruktur wohl kaum mehr entscheidend verändert. Betrachtet man die österreichische Wirtschaft heute, so ist ihre wesentliche Struktur wohl auf drei Ursachen zurückzuführen: Einmal auf die Entwicklung als zentrales Gebiet innerhalb des wirtschaftlichen Großraumes der Monarchie und zum anderen auf die strukturellen Veränderungen durch, bzw. nach dem I. und II. Weltkrieg.

Im Anschluß an den I. Weltkrieg waren alle Staaten der ehemaligen Monarchie damit beschäftigt, ihre Wirtschaftsstruktur den neuen - kleinkarrierten - Verhältnissen anzu-

passen. In Österreich gelang dies bis etwa 1929.

In diesem Jahr wurde trotz hoher Arbeitslosigkeit mit einer veränderten Wirtschaftsstruktur volkswirtschaftlich etwa wieder das Ergebnis von 1913 erreicht.

Es darf aber nicht übersehen werden, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zum Raum der ehemaligen Monarchie intensiv blieben, trotz aller Klagen über den Verlust des österreichischen Einflusses in diesen Staaten und deren nationalistische Wirtschaftspolitik.

Wien war zumindest bis zur Weltwirtschaftskrise, doch auch noch danach, das Dienstleistungs- und mehr noch das Finanzzentrum für dieses gesamte Gebiet. Die großen Wiener Banken waren daher weniger österreichische Institutionen, sondern zumindest mitteleuropäische Banken. Ebenso blieb die Außenhandelsverflechtung, trotz gradueller Verlagerung nach den westlichen Ländern, selbst 1937 noch enger mit diesen Ländern verbunden, als etwa mit dem Deutschen Reich.

Österreich hatte eine Wirtschaftsstruktur erreicht, die zwar einerseits verstärkt auf den Binnenmarkt, auf den kleineren Wirtschaftsbereich der Republik ausgerichtet war, wesentliche wirtschaftliche Ausrichtungen aus der Zeit der Monarchie waren aber erhalten geblieben. Der strukturelle Wandel der österreichischen Wirtschaft erfolgte daher in Form einer Anpassung an die sich nicht völlig, sondern nur teilweise veränderten Produktions- und Absatzbedingungen und keineswegs in einer direkten Neu- oder Umgestaltung. Dies ist auch als eine der wesentlichen Erklärungen zu sehen, weshalb die Anpassung der österreichischen Wirtschaft in so wenigen Jahren und praktisch ohne staatliche Unterstützung gelang. Die Weltwirtschaftskrise hatte diese Wirtschaftsstruktur nicht mehr verändert, sondern lediglich ihre Möglichkeiten eingeschränkt und reduziert. Die Wirtschaftsstruktur blieb aber bis 1937 weitgehend erhalten. Der tiefe Einschnitt in die österreichische Wirtschaftsstruktur erfolgte erst nach der in dieser Arbeit behandelten Zeit. Das deutsche Reich setzte sowohl von privater Seite

als auch durch direkte staatliche Eingriffe neue wirtschaftliche Gegebenheiten in Österreich, die auch nach 1945 zu einem erheblichen Teil beibehalten wurden. Als Beispiel mögen dafür die Strukturveränderungen im Eisen- und Stahlbereich - etwa VÖST - oder das fast völlige Verschwinden der für die Erste Republik noch bedeutenden Automobilindustrie dienen. Letztlich zerstörte aber auch der Zweite Weltkrieg mit seinen Folgen viele wirtschaftliche Beziehungen Österreichs mit den ihr ehemals eng verbundenen Gebieten des Ostens und brachte die österreichische Wirtschaft von einer ehemals zentralen Lage in eine Randlage des für sie entscheidenden Wirtschaftsraumes.